

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
= Berlin O 17, Rüdersdorfer Straße 60 =

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Imperialismus

Das Wort kommt von Imperium und bedeutet soviel wie Großreich oder auch Weltreich. Imperialismus bezeichnet die Bestrebungen, die darauf ausgehen, den wirtschaftlichen und politischen Einfluß eines Landes in der Welt zu heben und auszuweiten. Es ist also das Gebiet der Weltwirtschaft und Weltpolitik, das von dem Begriff Imperialismus umfaßt wird.

Die Sozialdemokratie haßt den Imperialismus. Sie sagt, er berge die latente Kriegsgefahr in sich und lege obendrein dem Volk unerträgliche Opfer auf; er sei deshalb zu bekämpfen.

Aber auch manche anderen Leute werfen zweifelnd die Frage auf, ob es eine nationale Notwendigkeit darstelle, daß wir die Kosten und Lasten der Weltpolitik auf uns nehmen. Sie empfehlen das Prinzip der sogenannten nationalen Selbstgenügsamkeit. Populär ausgedrückt, ist das eine Politik, die auf das Wort herauskommt: Bleibe im Lande und nähre dich redlich.

Könnten wir nun überhaupt verhindern, daß wir in das Getriebe der Weltpolitik hineingezogen wurden, daß wir heute in den verschiedensten Gebieten der Welt wirtschaftlich und politisch interessiert sind? Sehen wir einmal zu, wie der tatsächliche Verlauf der Dinge gewesen ist.

Bis zur politischen Einigung der deutschen Stämme im Jahre 1871 war Deutschland ein armes Land. Die Zersplitterung in eine Unzahl Staaten und Staatchen, die sich obendrein häufig gegenseitig befehdeten, ließ eine großzügige Vorwärtswirtschaft seiner Wirtschaftstätigkeit nicht zu. Währenddessen gelangten die Nachbarvölker zu immer größerer politischer Macht und zu wirtschaftlichem Reichtum. Zwei Staaten besonders waren ihm darin unendlich überlegen. Frankreich war die politisch-militärische Vormacht Europas; von Paris aus entschied sich die europäische Politik. England dagegen war in jahrhundertelanger glänzender Entwicklung Industriestaat geworden von geradezu weltbestimmendem Einfluß. Es gab eine Zeit, in der England hoffte und hoffen durfte, das einzige Industrieland der Welt zu sein und zu bleiben. Die siegreichen Kämpfe auf den Schlachtfeldern Frankreichs 1870/71 verschoben dieses Bild. Die politische Vormachtstellung der beiden Länder in Europa war gebrochen. Deutschland selber war nun europäische Vormacht geworden. Allerdings vorerst nur auf militärisch-politischem Gebiet. Auf wirtschaftlichem Gebiete behielt England seine weit überlegene Vormachtstellung inne. Mit Aufbietung aller Kräfte war es bemüht, seinen kolonialen Besitzstand immer weiter auszuweiten und dadurch sein Welt-handelsgebiet zu vergrößern.

Da setzte Deutschlands wirtschaftlicher Aufstieg ein. Anfangs zwar ging es nur langsam voran, und auch Rückschläge blieben uns nicht erspart. Auf das Gründersiege direkt nach dem 70er Krieg folgte der große Krach von 1873, der von Wien aus seinen Ausgang nahm und das Wirtschaftsleben fast der ganzen Welt in seinen Fugen krachen ließ. Eine große Agrarkrise folgte hinterher. Als Folge-wirkung dieser gewaltigen Erschütterungen vollzog sich eine Umwandlung der Anschauungen über unser Wirtschaftssystem. Bismarck, bis dahin Freihändler, wurde Schutzzöllner. Es kam das Zolltarifgesetz von 1879, das der Landwirtschaft und vor allem der Industrie den bis dahin entbehrten Schutzzoll brachte. Nun erst war die deutsche Industrie imstande, den Kampf mit der stark überlegenen und sehr viel älteren englischen Konkurrenz aufzunehmen. Zwar war ihre Entwicklung in den 80er Jahren auch noch nicht glänzend. Aber um die Mitte der 90er Jahre beginnt ein so gewaltiger Aufstieg, daß sie bald der englischen Industrie nahekam und diese heute in wichtigen Produktionszweigen sogar schon überholt hat.

Deutschland war also nun auch wirtschaftlicher Machtfaktor im europäischen Weltkonzert geworden. Das war England natürlich nicht angenehm. Seine monopolartige Stellung als Warenlieferant

der Welt wurde von der deutschen Industrie in steigendem Maße bedroht. Diese war gezwungen, sich in der Welt neue Absatzgebiete zu suchen, da der inländische Markt ihre Erzeugnisse nicht in vollem Umfange aufzunehmen vermochte. Durch die ständig fortschreitende Entwicklung der Technik mit ihrer gewaltigen Steigerung der Produktivität hat sich der Ueberschuß der industriellen Warenerzeugung über den inländischen Bedarf noch gewaltig vermehrt. Wir mußten also Waren ausführen. Es gab nur diese eine Möglichkeit, wenn wir nicht zu der anderen greifen wollten: der Menschenausfuhr. Damit ist aber auch schon der Beweis erbracht, daß nicht politische Herrschaftsgelüste Deutschland in die Welthandel hineinerflochten haben, sondern seine ganz natürliche wirtschaftliche Entwicklung. Das wird uns noch klarer werden, wenn wir die weltwirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands im einzelnen ins Auge fassen.

Am augenfälligsten treten die Beziehungen, die Deutschlands Wirtschaftstätigkeit mit dem Ausland verbinden, bei seiner Warenausfuhr in Erscheinung. Deutschland ist heute einer der größten, vielleicht der größte Warenlieferant der Welt. Seine Ausfuhr stieg von 10 Millionen Tonnen im Jahre 1872 auf 82 Millionen Tonnen im Jahre 1913. Diese glänzende Entwicklung entfällt in der Hauptsache auf die Zeit seit dem Jahre 1895. Damals betrug die Ausfuhr erst 24 Millionen Tonnen. Der Wert derselben, der 1872 2,4 Millionen Mark betragen hatte, stieg seit 1895 von 3,4 auf 10,1 Milliarden Mark.

Wir haben bei früherer Gelegenheit wiederholt darauf verwiesen, daß das Hauptgewicht und die Zukunft des deutschen Ausfuhrhandels auf hochwertigen Industrieerzeugnissen, den sogenannten Qualitätswaren, beruht. Welche Bedeutung diese Erzeugnisse heute bereits in unserem Ausfuhrhandel einnehmen, geht daraus hervor, daß von dem Gesamtwert der Ausfuhr im Jahre 1913 63,3 Prozent auf die Fertigwaren entfallen; der Anteil der halbfertigen Waren (z. B. Bleche, Halbseide, Garne, Stabeisen u. dgl.) betrug in diesem Jahre 11,3 Prozent des Gesamtausfuhrwertes. Wenn wir einige der wichtigsten dieser Warengruppen herausgreifen, so kommen wir zu folgenden Ziffern: Wir führten im Jahre 1913 aus an Metallen und Metallwaren ungefähr für 1777 Millionen Mark, an Spin- und Webstoffen und Waren daraus, Wirkwaren, Hüte u. dgl. für 1455 Millionen Mark, an Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen für 935 Millionen Mark, an Leder und Lederwaren, Kürschnerwaren für 535 Millionen Mark, an Papier und Papierwaren für 222 Millionen Mark, an Ton- und Glaswaren für 210 Millionen Mark, an Fahrzeugen für 179 Millionen Mark. Im Jahre 1872, also nach der Reichsgründung, betrug die deutsche Ausfuhr in diesen Artikeln erst Bruchteile der angegebenen Werte.

Aus alledem geht hervor, welche starken Bande das deutsche Wirtschaftsleben heute mit der Welt verknüpfen. Wichtig ist dabei vor allem das starke Wachsen des Anteils, den die außereuropäischen Staaten an unserer Warenausfuhr haben. Im Jahre 1890 betrug dieser Anteil erst 746 Millionen Mark; zehn Jahre später war er bereits auf über eine Milliarde gestiegen, und 1913 betrug die deutsche außereuropäische Ausfuhr 2,4 Milliarden Mark.

Deutschland ist also heute beinahe in der ganzen Welt interessiert. Nicht infolge politischer Herrschaftsgelüste, wie die Sozialdemokratie sagt, sondern weil dort wirtschaftliche Interessen für uns dem Spiele stehen, Interessen, von deren Weiterentwicklung zu einem guten Teil die Zukunft der deutschen Industrie abhängt. Wenn heute in irgendeinem Teile der Welt Störungen auftreten, so spüren das besonders auch unser Handel und unsere Industrie; man braucht hier nur an die Kämpfe am Balkan und die innerpolitischen Wirren in Mexiko zu erinnern. Und diese Wirkungen bekommen auch die Arbeiter zu spüren; die betroffenen Industrien müssen nicht selten Feterschlachten einlegen und Entlassungen vornehmen, und die Arbeiter müssen den Lohnausfall tragen.

Was Deutschland geradezu kategorisch zu einer sich stetig steigenden Ausfuhrstätigkeit zwingt, ist seine starke Bevölkerungszunahme. Um 800 000 bis 900 000 Köpfe nimmt das deutsche Volk alljährlich zu. Diese müsse zum weitaus überwiegenden Teil in Industrie, Gewerbe und Handel untergebracht werden, wenn sie mit Arbeit und Lohn versehen sein sollen. Nun ist gewiß der Inlandsmarkt das bei weitem größte und wichtigste Absatzgebiet für die Industrie. Aber ein Ueberschuß bleibt, und der muß in der Welt seinen Abschluß suchen. Unter diesen Umständen haben alle Stände des Volkes Interesse daran, daß die deutsche Industrie ihre Absatzgebiete in der Welt nicht nur behält, sondern weiter ausdehnt. Das Prinzip der „offenen Tür“ muß von uns überall zur Forderung erhoben werden. Darüber hinaus müssen wir uns „Interessensphären“ schaffen, Gebiete also, in denen der deutsche Handel Vorzugsstellung einnimmt, und zwar sowohl beim Warenabsatz, wie auch besonders beim Bezug der Rohstoffe.

Bei Besprechung der deutschen Beziehungen zum Weltmarkt und zur Weltwirtschaft darf der deutsche Einfuhrhandel nicht unerwähnt bleiben. Er ist seit 1872 gestiegen von 14 auf 81 Millionen Tonnen; im Werte ist das eine Steigerung von 3,5 auf 10,8 Milliarden Mark. Die eingeführten Waren sind in der Hauptsache Rohstoffe und Halbfabrikate, und zwar sind es Nahrungsmittelrohstoffe und Stoffe, die die Industrie benötigt. Bei den Nahrungsmitteln hat sich die Abhängigkeit vom Ausland stark vergrößert; wir führen heute pro Kopf der Bevölkerung ungefähr das Dreifache ein von dem, was 1872 eingeführt wurde (1872 9 kg, 1910 26 kg pro Kopf). Noch viel mehr sind wir vom Auslande abhängig in der Beschaffung der industriellen Rohstoffe. Für eine ganze Anzahl unserer großen Industrien haben wir die Rohstoffe überhaupt nicht oder doch nicht in genügenden Mengen. So bezogen wir im Jahre 1913 an Baumwolle und -garne für 723,3 Millionen Mark, an Schafwolle und -garne für 582,1 Millionen Mark, an Rinds-, Kalbs-, Schaf- und Ziegenfellen für die Lederindustrie für 489,1 Millionen Mark, an Kupfer (roh) für 335,3 Millionen Mark, an Eisenerzen für 227,1 Millionen Mark, an Fellen zu Pelzwerk für 187,8 Millionen Mark, an Jute für 94 Millionen Mark, an Flach für 57,6 Millionen Mark usw. Aus den verschiedensten Gebieten der Welt werden diese Stoffe bezogen.

Deutschland ist, das ergibt sich aus dem Gesagten, ein Industrieveredelungsland geworden. Das heißt, es kauft vom Auslande gewaltige Mengen Rohstoffe und Halbfabrikate, und verarbeitet diese weiter, zu Fertig- oder Qualitätswaren. Der größte Teil davon bleibt im Inlande, ein großer Teil aber muß wieder im Auslande abgesetzt werden. In dieser Richtung wird sich das deutsche Wirtschaftsleben auch weiter entwickeln müssen. Ein Volk von der zahlenmäßigen Stärke und der starken Vermehrung des deutschen ist ganz unabweisbar zur Welt-industrie und zum Weltmarkt gezwungen. Und mit aller Kraft muß es dahin streben, seinen Einfluß in der Welt zu sichern und weiter auszuweiten; das ist nichts weiter als eine Betätigung des Selbsterhaltungstriebes. Mit der Art dagegen, wie die Sozialdemokratie den Imperialismus darstellt und behandelt, wird das Problem noch nicht einmal an der Oberfläche berührt.

Denkspruch.

Halte nur die Augen offen:
Einmal naht auch dir das Glück!
Nalt' es fest! Wenn es entfliegen,
Kommt es nicht so leicht zurück.
Mancher steht mit nassen Augen
Und mit leeren Händen da,
Der Phantomen nachgestürmt
Und sein goldenes Glück nicht sah.

Math. Konrad Kann.

Unfallstatistik und Rechnungsergebnisse der Baugewerks-Berufsgenossenschaften

V.

Die Württembergische Baugewerks-Berufsgenossenschaft hat als Geltungsbereich das Königreich Württemberg. Zur Sektionsbildung ist man nicht geschritten.

Table with 6 columns: Jahr, Betriebe, durchschnittlich beschäftigte Arbeiter, Vollarbeiter, Löhne und Gehälter insgesamt, Gehälter durchschnittlich pro Vollarb.

Der Arbeiterzahl nach ist die Württembergische die kleinste Baugewerks-Berufsgenossenschaft. Die 44.500 im Jahre 1912 durchschnittlich beschäftigten Arbeiter, zu denen sich noch 12.466 zwangsweise verschickte Unternehmer gesellen, schrumpfen zusammen auf 37.130 Vollarbeiter.

Ganz trostlos ist es um die Unfallhäufigkeit in Württemberg bestellt. Lange Jahre stand Bayern mit den höchsten Unfallzahlen an der Spitze der Baugewerks-Berufsgenossenschaften; dann kam eine Periode, wo die Höchstzahl zwischen Bayern und Württemberg hin und her schwankte, jetzt hat aber Württemberg der Bayerischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft und der Tiefbau-Berufsgenossenschaft endgültig den Rang abgelaufen.

Table with 7 columns: Jahr, Gemeldete Unfälle, pro 1000 Vollarbeiter, Ermittelte Unfälle, pro 1000 Vollarbeiter, Tödliche, Teilweise, Vorübergehende.

Die Zahl der pro 1000 Vollarbeiter erstmalig entschädigten Unfälle ist im Jahre 1912 abermals ganz gewaltig emporgeschnellt; sie ist mehr als doppelt so hoch wie bei der Hamburgischen, der Magdeburgischen, der Hannoverischen, der Norddeutschen und der Sächsischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft. Die Zahl der gemeldeten Unfälle erscheint im Vergleich zur Höhe der entschädigten sehr niedrig; wahrscheinlich liegt das Unfallmeldewesen hinterher. Im Vergleich zur Zahl der beschäftigten Arbeiter sind sehr viele tödliche Unfälle zu beklagen. Bei der Prüfung der Unfallfolgen kommt die außerordentliche Schwere der Unfälle in dem hohen Anteil der mit dauernder teilweiser Erwerbsunfähigkeit verbundenen Unfälle zum Ausdruck.

Zum Teil werden diese erschreckend hohen Unfallzahlen ihren Grund in der seitens der Berufs-

genossenschaften ziemlich lax geübten Baukontrollen haben. Erst im Jahre 1912 hat man einen dritten Aufsichtsbeamten aufgestellt. Auf einen Beamten kommen i. J. 1912 durchschnittlich 3239 Betriebe mit 18.989 versicherten Personen. Von einer wirksamen Kontrolle kann bei solcher Belastung des einzelnen Beamten keine Rede sein. Demnach sind auch die Ausgaben für die Kontrolle nur sehr gering; sie betragen pro Betrieb 1,79 M. pro Vollarbeiter 0,47 M. Sicherlich wären die Zustände in Württemberg noch schlimmer, wenn nicht in einigen größeren Städten Baukontrollen aus dem Arbeiterstande mit gutem Erfolge tätig wären. Aus diesen Orten wird auch durch die Arbeiter über geregelte Baukontrolle und erträgliche Verhältnisse berichtet, während man in weiten Landgebieten die Bauarbeiter-schutz- und Unfallverhütungsvorschriften kaum zu kennen scheint.

Die Bayerische Baugewerks-Berufsgenossenschaft umfaßt das Königreich Bayern einschließlich der Pfalz. Die Berufsgenossenschaft hat keine Sektionsbildung.

Table with 6 columns: Jahr, Betriebe, durchschnittlich beschäftigte Arbeiter, Vollarbeiter, Löhne und Gehälter insgesamt, Gehälter durchschnittlich pro Vollarb.

Ihrer geographischen Ausdehnung nach sowie nach Zahl der Betriebe und der beschäftigten Arbeiter gehört die Bayerische mit zu den größten Baugewerks-Berufsgenossenschaften. Die Zahl der Arbeiter hat sich in dem von obiger Tabelle erfaßten Zeitraum bedeutend stärker nach oben entwickelt als der Zahl der Betriebe.

Table with 7 columns: Jahr, Gemeldete Unfälle, pro 1000 Vollarbeiter, Ermittelte Unfälle, pro 1000 Vollarbeiter, Tödliche, Teilweise, Vorübergehende.

Mit der Unfallhäufigkeit will es in Bayern trotz mancher Schwankungen immer noch nicht bergab gehen. Die Zahlen standen in früheren Jahren sowohl schon höher als tiefer. So wurden im Jahre 1902 auf 1000 Vollarbeiter 19,57 Unfälle entschädigt, 1905 nur 11,85, sodann 1908 wieder 16,72, woran anschließend die weitere Entwicklung an Hand vorstehender Tabelle verfolgt werden kann.

Im Gegensatz zur Württembergischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft ist die Zahl der gemeldeten Unfälle sehr hoch, die Anzahl der mit dauernder teilweiser Erwerbsunfähigkeit verbundenen

Unfälle im Vergleich zu den Unfallfolgen vorübergehender Natur sehr niedrig.

Man ist leicht geneigt, in Bayern besonders gute Verhältnisse auf den Bauten vorauszusetzen, weil dort einige Duzend Baukontrollen aus dem Arbeiterstande tätig sind. Die Anstellung dieser Kontrollen hat sich nach vorliegenden Berichten betr. Stadtverwaltungen überall gut bewährt und zweifellos wirken diese Posten sehr nützlich, so daß, wenn diese Kontrolle in den größeren Orten nicht stattfände, die Zustände noch viel schlimmer wären. In welcher Art und Weise aber die Bayerische Baugewerks-Berufsgenossenschaft die „Betriebsrevision“ durch ihre 13 Beamten ausüben läßt, davon möge die nachstehende Zusammenstellung Zeugnis ablegen:

Tätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten von der Bayerischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft. 1901-1912

Table with 7 columns: Jahr, Zahl der Aufsichtsbekanntmachungen, Revisionen von Bauplänen u. festgestellten Mängeln, etc., Zahl der Revisionsstage, für Revisionsarbeiten, für Bauarbeiten, für sonstige Zwecke, insgesamt.

§ 66 der Bayerischen Bauordnung vom 17. Februar 1901 fordert die Anstellung von Baukontrollen durch die Gemeinden. Wie hilflos man mancherorts diesen Gesetzesvorschriften gegenübersteht, zeigt folgende Klage in den Berichten über die Ueberwachungstätigkeit der Aufsichtsbeamten:

„Wenn von einem Distrikt als Baukontrollen erst im Berichtsjahre ein Wegmacher, der zuvor Schuttmacher war, aufgestellt wurde, oder wenn ein anderes Bezirksamt an die Berufsgenossenschaft das Ansuchen stellte, eine Anweisung für die Landbürgermeister zur Vornahme der Baukontrolle auszuarbeiten, so kann sich der Eingeweihte un schwer ein Bild davon machen, wie es um den Bauarbeiterschutz in solchen Bezirken bestellt ist.“

Daß bei solcher behördlichen und bei der vorhin gekennzeichneten berufsgenossenschaftlichen Baukontrollenreife äußerst kümmerliche Zustände herrschen müssen, ist sonnenklar. Das darf die Berufsgenossenschaftsbureaucratie jedoch beileibe nicht zugestehen, also sucht und findet sie einen Prügelknaben:

„Ein Mähdang des Alkoholgenusses während der Arbeit ist nach den Wahrnehmungen der Aufsichtsbeamten leider nicht zu vermeiden. Der Maßtrug und die Bierflasche sind im allgemeinen noch immer wesentliche Bestandteile der persönlichen Ausrüstung des Bauarbeiters. Die Verjagung, gegen diesen Mißstand einzuschreiten, wer-

Nach Südwesten

IV.

Der Ebnat ist vorzüglich, den man beim Verlassen der Eisenbahn in Metz gewinnt. Ein prächtiger, monumental Bauwerk mit mächtigen Säulen. Die Vorderanlage vor dem neuen Hauptbahnhof zeigt den Eindruck von, überhaupt tut das die ganze nächste Umgebung. In den vorhandenen öffentlichen Bauten des Bahnhofsplatzes treten weiter ein Frauenhausbau und das Gymnasium. Das angrenzende Söblon ist fast ein neuer Stadtteil.

Die Anlagen an der Mosel entlang sind sehr schön, insbesondere die Epinay. Aus der Ferne wieder von den Höhen die Fortanlagen dränend herüber. Das alte Metz ist teilweise hochinteressant, teilweise aber winzig mit auch, daß es verschwinden möchte. Diese engen Straßen, wie man sie immer wieder in den alten Festungsstädten findet, mit ihren dunklen und schlechten Wohnungen, verdienen nichts Besseres. In diesen dumpfen Winkeln, vielfach Höhlen verweiseilt ähnlich, kann kein gesunder Körper auf die Dauer widerstandsfähig bleiben. Und wie erst muß das auf die Kinder wirken. Die stillosen Gefahren sind da nicht minder groß. Und um Metz herum ist doch so viel Raum, so viel Licht und Sonnenchein.

Der Dom überragt weithin die Stadt. Eine ganze Anzahl historischer Erinnerungen fesseln den Wanderer und halten ihn fest.

Der Anschluß an das Deutsche Reich hat der Stadt ohne Zweifel viele Vorteile gebracht. Ein ganzer Goldstrom ist aus dem Reich nach hier geflossen und fließt noch tagtäglich fort. Insbesondere die baulichen Veränderungen haben das bewirkt. Metz birgt eine ganze Anzahl großer, leistungsfähiger Bauunternehmer, wie sie in anderen Städten ähnlichen Umfangs nicht wieder anzutreffen sind. Man empfängt aber auch den Eindruck, daß Deutschland sich dieser Stadt, des Dombaus (Götterburg) der Stetten und des späteren Stützpunktes der Rheinarmee nicht und seine Stärke in der Anlage der Festungen und der Verkehrsbauten lebendig zum Ausdruck bringt. Das raunt uns jeder Mauerstein entgegen. Lothringen ist ein schönes Land. Der Schmerz Frankreichs um den Verlust ist wohl verstanden. Die

Weltgeschichte hat nun einmal das Kartensbild wieder verändert und Lothringen wieder zum Deutschen Reich gebracht, dem es ehemals angehörte, und von dem es durch Frankreich, als sich die deutschen Stämme um die Zeit des Dreißigjährigen Krieges so heftig bekämpften, losgerissen wurde.

Das Land hat aber nicht nur eine große politische, sondern auch eine große wirtschaftliche Bedeutung. Ich habe schon von dem großen Minettegebiet geredet, das sich von hier nach Luxemburg und Frankreich hin ausdehnt. Lothringen ist heute das wichtigste Eisenerzproduktionsgebiet Deutschlands. Von den 27 Millionen Tonnen gefördertter Eisenerze entfallen über 20 Millionen auf Lothringen, also fast drei Viertel der Förderung in Deutschland. Die Förderung von Eisenerz in Lothringen stieg von 13.281.284 Tonnen in 1908 auf 20.083.236 Tonnen in 1912. Die Zahl der Betriebe stieg in der gleichen Zeit von 41 auf 55 und die Zahl der berufsgenossenschaftlich versicherten Personen von 12.659 auf 15.642. Die gezahlten Löhne und Gehälter betrugen in 1908 20.339.000 M., in 1912 28.488.000 M. Aus diesen Summen wird die wirtschaftliche Bedeutung des Gebietes ersichtlich.

Das der Erde abgeraumte Eisenerz wird hier gleich verhüttet. Gewaltige Hochofen rufen ihre Schöte zum Himmel. Kohlen liefert das nahe Saargebiet und das Lothringische Kohlengebiet, aber auch lange Kokszüge werden aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet nach hier geleitet. Aus diesen Verhältnissen heraus läßt sich die so bringend notwendige Saar- und Moselkanalisation erkennen.

Es ist ganz natürlich, daß in diesem wichtigen Industriegebiet sich die großen Montanindustriellen Deutschlands etablieren würden. Und so findet man all die bekannten Namen, die Stinnes, Thyssen, Abeking, Stumm u. a. Sie haben sich zum Teil mit bestehenden Werken verschmolzen, zum Teil auch selbst Grubenfelder erworben. Ihr Blick bezieht sich nicht auf Deutschland, sondern greift auf die anderen Länder mehr oder weniger über. Sie hatten verschiedene Gründe, sich den Anteil am lothringischen Erzegebiet zu sichern. Einmal ist es wahr, daß die deutsche Eisenindustrie große Mengen Eisenerze aus fremden Ländern, so aus Schweden und Spanien, beziehen muß. Das ist mit großen Unkosten verbunden, die Konkurrenz des Weltmarktes aber zwingt zur Herbeiführung unter dem niedrigsten Kostenpreis. Andererseits be-

stehen für den Bezug aus fremden Ländern immer gewisse Gefahren, auf die hier nicht eingegangen werden kann. Ein weiterer Grund liegt in der Zugehörigkeit zum Kohlenhildat. Den sogenannten gemischten Betrieben ist eine höhere Kohlenförderungsquote, die sie im eigenen Betrieb vermeiden, zu eigen. Daher die andauernde Klage der sogenannten reinen Kohlenzweige, die nur auf den Verkauf an andere angewiesen sind, deren Absatzgebiet aber durch die Eigenförderung der gemischten Betriebe eingeengt wird. Natürlich haben die gemischten Betriebe an ihren Hochofen auch die besten Abnehmer für ihren Koks.

Daraus erkennt man, welche Interessensäden die Großindustriellen der Kohlen- und Eisenproduktion mit dem Lothringischen Minettegebiet verbinden. Sie liegen aber nicht einseitig, sondern die lothringische Eisenproduktion hatte ein gleiches Interesse an dieser Verbindung.

Fähst du von Metz nordwärts gen Diebentzen, so siehst du manches. Bei Broypt stimmen einige weiße Kreuze im Felde zu stiller Trauer. Dort liegen die zu vergangene Wehnachten bei einem Eisenbahnunfall verunglückten Soldaten. Dann kommen die großen Hochofenanlagen, in ihrer Nähe die Arbeiterkolonien. Diebentzen hat eine riesige Güterverkehrsanlage, die allerdings auch strategischen Zwecken dient. Solche strategischen Anlagen, tote Schienenstränge usw., findet man hier überall. Die Industrie zieht sich dann in die verschledenen Täler, in das Ormetal und andere. Ein Industrieort liegt an dem anderen, eine natürliche Grenze findet man kaum zwischen ihnen. Lange Drahtseilbahnen befördern die kostbare Minette von weither an die Hochofen, wo sie der Feuerzucht überantwortet wird. Von Groß-Wehneure ziehen sich die Hochofenwerke nach Frankreich hinüber. Domercourt ist der erste größere französische Industrieort. Die Firma de Wendel hat hier bedeutende Werke. Es ist ein Hammer, wenn man die Wagen mit den Hochofenböden, mit abgetriebenen Pferden bespannt, daherschleppen sieht. Infolge Hochdurchführung der Eisenbahnverbindung von Deutschland nach diesen französischen Industrieorten muß der Transport zwischen den verschledenen Hochofenwerken auf diese Weise bewerkstelligt werden. Dazu schlechte Landstraßen und ein fürchterliches Schmutz und Staub. Aber darüber und über die Arbeiter- und Organisationsverhältnisse noch einiges in einem späteren Artikel.

Und auch aus der Teilnahmslosigkeit des Kongresses gegen die Frauen: nur zwei Rednerinnen, und zwar eine davon von einem direkt interessierten Verband, sprachen zum Punkt Arbeiterinnensekretariat, und fast resigniert meinte Vorsitzender Schilde: „Das Wort wird nicht mehr verlangt.“

Oh gleicher Weise klagte auch bei dem Kapitel Gewerkschaftskartelle Faas vom Deutschen Landarbeiterverband bitter darüber, daß seinem Verbande so wenig Aufmerksamkeit geschenkt werde von Seiten der Ortskartelle. Hundert von solchen, an die er ein Rundschreiben gerichtet, hätten nur zu einem Viertel geantwortet, wovon sich wiederum nahezu die Hälfte fast ganz ablehnend verhielt. Ausnahmen, also solche Kartelle, die den Landarbeiterverband unterstützten, seien „mit der Laterne zu suchen“. Obwohl der Vorsitzende den klagenen Landarbeiter zu trösten suchte mit dem Hinweis, daß die Generalkommission selbst in der Sache ihr Möglichstes getan habe, und obwohl der Vorsitzende auch den Kartellen diese Unterstützung empfiehlt, „schallt“ doch nur ein einsames Bravo schüchtern durch den weiten Saal der Fünfhundert. Das den Landarbeitern zu sagen, wird unsere Aufgabe sein. . .

In einem weiteren Artikel werden wir die auf dem Kongress in fast überreicher Fülle gehaltenen Referate, soweit sie ein allgemeines Interesse haben, einer kurzen Würdigung unterziehen.

Allgemeines

„Kollage der Viehhändler“. Die gegenwärtige große Spannung zwischen Viehhändlern und Fleischhändlern hat unter den Konsumentenmassen große Erregung hervorgerufen. Im Hinblick auf diese Sachlage muß es in der Öffentlichkeit besonders aufsehen erregen, daß auf der Hauptversammlung des Bundes der Viehhändler Deutschlands am 14. Juni d. J. in Köln von einer Kollage der Viehhändler geredet wurde. In den Berichten der Tagespresse war darüber zu lesen:

„Zur Kollage des Viehhändlers in Deutschland führte der Vorsitzende aus, daß die Angriffe auf die Viehhändler zu einer öffentlichen Aussprache drängten. Eine Rundfrage habe ergeben, daß 80 Prozent sämtlicher Tiere auf den Märkten mit Verlust für die Käufer von den Viehhändlern verkauft werden müßten. . . festgestellt sei, daß für den Viehhändler bei Getreide nicht 1 Prozent Verlust abfalle.“

Sollte dieser Verlust der Viehhändler berechnete Unterlagen haben, dann würde damit nur der Beweis erbracht sein, daß die Konsumenten, die sich aus dem gegenwärtigen großen Unverstand zwischen Viehhändler und Fleischhändler ergeben, ausschließlich von den Konsumenten eingeschätzt würden. Wenn man aber die Kollage in ihren Zusammenhängungen und auf ihren Aussagen hört, dann geht es auch diesen elend schlecht, auch sie wollen kaum ihr Auskommen haben. So bleibt der Gewinn nun hängen? Entweder werden die Viehhändler die Öffentlichkeit irreführen, oder aber die Fleischhändler operieren mit falschen Angaben. Möglich ist es auch, daß beide Teile die Sachlage verschleiern, um ihre Preispolitik ungehindert weiter betreiben zu können, auf Kosten der breiten Konsumenten. So kann es aber nicht dauernd weitergehen. Ein allgemeiner Sturm der Entrüstung sollte sich gegen die heutige Fleischpreispolitik erheben und so lange von der Masse der Konsumenten nachgehalten werden, bis die gegenwärtigen unhaltbaren Zustände beseitigt sind.

Ein beliebter Trick der Scharfmacher, um sozialpolitische Gegner mundtot zu machen, ist es, diese als weisfremde Ideologen und demagogische Hezer hinzustellen; es erzwinge ihnen das Verständnis für das praktische Leben oder sie ließen sich von Feindschaft gegen das Unternehmertum leiten. Darauf gibt Herr Professor Dr. Brande im letzten Hefte der „Sozialen Praxis“ eine erkenntlich klare Antwort. Er schreibt:

„Es ist die beliebteste Methode, uns das Recht, in der Sozialpolitik mitzusprechen, zu verwehren, weil wir von den praktischen Dingen nichts verstanden. Das ist nun so eine eigene Sache. Wir erleben es, daß der Reichstag der Weisfremdheit geziehen wird, wenn er sozialpolitische Gesetze beschließt, dagegen als höchst sachverständig belobt wird, wenn er schutzpolizeiliche Politik treibt. Solange ein Beamter am grünen Tisch sitzt, versteht er nichts von den Forderungen des praktischen Lebens, scheidet er aber aus dem Amte aus, um seinen Dienst dem Zentralverbande zu widmen, so ist er plötzlich eine Autorität. Der Professor ist ein überspannter Ideologe, wenn er für die Arbeiter eintritt, aber ein sehr geschätzter Mitstreiter, wenn er sich dem Unternehmer zur Seite stellt. Man mag aus den Gefühlen der Landwirtschaft, vom Ratgeber des Gymnasiums, aus der Redaktion der Tagespresse, aus den Büreaus der Rechtsanwaltschaft kommen — sofort ist man sachverständig, wenn man literarisch und agitatorisch die Interessen des Unternehmertums betreibt. . . diesen Herren glauben wir, in aller schärfsten Weise, in der sachkundigen Beurteilung sozialpolitischer Notwendigkeiten nicht noch messen zu können. Und was den Unternehmer selbst betrifft, so ist er doch nicht nur Sachverständiger für sein eigenes Wohl und Wehe, sondern auch Interessent, Parteimitarbeiter, der sich den Argumenten der anderen Seite

verschließt. Es würde wahrlich besser um die öffentliche Diskussion dieser Dinge, wenn die leitenden Männer der Großindustrie sich in eigener Person mehr um die Arbeiterfragen, die Arbeiterbewegung, die soziale Gesetzgebung bekümmerten, als alle diese Probleme, die ihre wichtigsten Fortschritte, die kaufmännische Organisation, die wirtschaftlichen Betriebsformen, ihren literarischen Beamten und Wortführern zu überlassen. Wäre das der Fall, so bekäme man doch endlich mal Beweise in die Hand und nicht immer bloß Klagen, Behauptungen, Anwürfe, mit denen sich so gut wie nichts anfangen läßt.“

Das ist eine Antwort, die sich die Scharfmacher wohl nicht hinter den Spiegel stecken werden. Ob sie sie beherzigen werden? Diese Hoffnung besteht leider nicht. Jene Kreise sind so sehr in ihre reaktionären Ideen verannt, daß sie nur noch durch ganz reale Tatsachen zur Vernunft gebracht werden können. Und dazu gehören in erster Linie starke und schlagfertige Arbeiterorganisationen.

„Die Freundschaft gekündigt.“ Unter dieser Überschrift verkündet der gelbe Essener „Werkverein“ in Nr. 23 vom 20. Juni seinen Lesern folgendes welterschütterndes Ereignis:

„Aus den Ausführungen des christlichen „Zentralblattes“ erfährt man jetzt, daß sechs Jahre ein Kampfbündnis der christlichen und sozialdemokratischen Bauarbeiter bestanden hat. . .“

Man fühlt ordentlich, wie dem gelben Solbichreiber ob dieser grauenhaften Entdeckung ein Gruseln über den Rücken gelaufen ist. Diese Kerntzen im Geiste! Sollten sie denn seit 1908 geschlafen haben, daß sie nichts von gemeinsamen Tarifverhandlungen, denn die sind doch offenbar unter dem „Kampfbündnis“ verstanden, gemerkt haben, die — gelber „Werkverein“ erschrecke nicht — in Eilen unter Dr. Wiedfeldts Leitung in aller Öffentlichkeit stattfinden? Freilich, warum sollte er davon auch etwas gehört haben. Dort wurden ja Arbeiterinteressen vertreten, die Gelben aber vertreten Unternehmerinteressen. Wie sagte doch Herr Münchgrath auf dem Gelbenfest in Karmap:

„Wir wissen, daß die Unternehmungen sich nicht gleichmäßig rentieren, daß manches Werk zu kämpfen hat. Wir wollen deshalb auch kein entschiedenes Mitbestimmungsrecht über Festsetzung der Arbeitslöhne. Es wirkt aber doch sehr beruhigend auf den Arbeiter, wenn er in schwierigen Fällen zu Rate gezogen und seine Meinung gehört wird.“

Die Bauarbeiter haben 1908, 1910 und 1913 nicht aus ihr Mitbestimmungsrecht verzichtet bei Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Und sie sind gut dabei geblieben, besser jedenfalls als die gelben Industrie-Maven in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, die bei der Firma Krupp miteinbegriffen. Aber auch kein Unternehmer hat um deswillen den Bankrott anzumelden brauchen, trotzdem auch im Baugewerbe die Unternehmungen „nicht gleichmäßig sich rentieren“. Dann kann auch eine Tarifverneuerung bei aller nur wünschenswerten Geldumwandlung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter „wirtschaftsrichtlich“ verlaufen, wie ja das vorjährige Beispiel zur Genüge zeigt. Aber wir wollen darüber mit dem „Werkverein“ nicht diskutieren, dazu fehlen bei ihm die allerersten Voraussetzungen. Er soll ruhig weiter benutzieren, das entspricht am ehesten seiner Charakterveranlagung, und uns kümmert es nicht im geringsten.

Monopol für den Margarineverkauf. Ein solches beanspruchen die — Fleischer. Auf dem Anfang Mai in M. Gladbach abgehaltenen Bezirkstage des Rheinisch-westfälischen Bezirksvereins im Deutschen Fleischerbund wurde diese Forderung in aller Form vertreten. Man hatte dort u. a. auf der Tagesordnung: „Margarineverkauf in Fleischerreien“. Darüber berichtet die „Deutsche Fleischerzeitung“:

„Hierzu referiert Meister Korn aus Kuhlort-Meibrich, wo man seit Jahren schon großen Erfolg mit dem Verkauf von Margarine erzielt hat. J. B. wurden in einem Jahre für 70 000 M Margarine aus tierischen Fetten durch die Innung eingekauft und in den Metzgereien abgesetzt, wobei über 12 000 M an Gewinn erzielt wurden. Der Referent ist der Ansicht, daß man berechtigt sei, das Monopol für den Margarineverkauf durch die Metzger zu beanspruchen, da sie die Rohstoffe, das Premierjus, dazu liefern. Wenn der Margarineverkauf allgemein flüchtig betrieben würde, schüge man sich gegen die heute so üppig blühenden Schleudergeschäfte mit Fleischwaren, welche bei Verkauf von Speck zu Preisen unter dem Einkauf die Verpflichtung zur Abnahme von Margarine stellen.“

Den hier jutage tretenden Bestrebungen sollte man von Verbraucherseite etwas mehr Beachtung schenken. Die Fleischer im Besitz eines Monopols für den Margarineverkauf — na, man könnte was erleben. Uebrigens, bei 70 000 M Einkaufspreis über 12 000 M Gewinn — das Geschäft ist nicht übel.

Noch in anderer Beziehung erfährt die „Beschwerden“ der Schlächtermesser auf dieser Tagung eine Beleuchtung. Bei dem Punkte: „Aenderung der Posttarife“ forderte der Referent eine erhebliche Herabsetzung der Bölle auf Vieh und Fleisch, dagegen eine erhebliche Erhöhung der Bölle für Schmalz, Oleomargarine und Fett; den vollstetigen Verkehr mit Fleisch in den Grenzorten möchte der Redner eingeschränkt oder ganz aufgehoben wissen. Die Herabsetzung der Viehbölle begründete der Redner damit, daß durch sie für weite Volksschichten das notwendige Nahrungsmittel verteuert werde. Dabei kann als sicher angenommen werden, daß eine erhebliche Herabsetzung oder gänzliche Beseitigung der Viehbölle eine wichtige und anhaltende Verbilligung des Fleisches nicht bringen wird. Was dagegen die von den Schlächtern geforderte Erhöhung der Bölle auf eingeläutete Tier-

und Pflanzenfette anbetrifft, so kann gar kein Zweifel sein, daß dadurch eine Verteuerung von Lebensmitteln herbeigeführt wird, die gerade von den weniger bemittelten Volksschichten verbraucht werden. Das ist übrigens der ausgesprochene Zweck der ganzen Aktion, wie ein anderer Schlächtermesser, der frühere freijünnige Landtagsabgeordnete Robert Magdeburg, offen ausgesprochen hat. Von einer solchen Art Standesinteressenvertretung, die also für den eigenen Stand alles fordert, dem andern aber alles nehmen möchte, könnte man sich manchmal beinahe angewidert fühlen.

Wirtschaftliche Bewegung

Gesperzt sind: Hamm i. W. (Sperrung über das Stückgeschäft Heinrich Müßler wegen Nichtanerkennung des Tarifs). Reustadt (Schwarzmaib) (Streik der Zimmerer). Saffig (Sperrung über die Firma Florath wegen Nichtzahlung des Tariflohnes). Rheinberg (Sperrung über das Plattengeschäft Gebr. Schiffer wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). Wachen (Sperrung über das Plattenlagergeschäft J. G. Rumbach wegen Nichtanerkennung des Tarifs). Hülthorst (Sperrung über die Firmen Hoffmeister, Penke und Kurlbaum). Gelsenkirchen (Fliesenleger, Sperrung über den Zwischenmeister Jakob Weber). Pont-a-Mousson (Frankreich) (Sperrung über die Firma Still aus Heddinghausen wegen Nichtbegahlung des versprochenen Lohnes). Bad Kreuznach (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter wegen Durchführung des tarifmäßigen Lohnes). Prechlaw, Kr. Schlodjan (Westpr.) (Streik bei den Unternehmern Englow, Böller, Bogdahn und Kilian). Neuguth, Kr. Schlodjan (Streik bei dem Baugeschäft Berg). Sappohl, Kr. Salschedau (Streik bei dem Bauunternehmer Aug. Schulz). Haje-länne (Streik zwecks Abschluß eines Tarifvertrages). Fröndenberg (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). Düsseldorf (Gesperzt ist für Zimmerer die Firma Jensen wegen Nichtanerkennung eines Schlichtungskommissionsbeschlusses). Hüls bei Krefeld (Sperrung über die Baugeschäfte Brademann, Stiegs und Gebr. Thelen wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). Sarnowitz (Streik der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter). Langefeld, Rhld. (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). Schrimm (Streik der Bauhilfsarbeiter zwecks Abschluß eines Tarifvertrages). Zinten (Ostpr.) (Streik der Maurer und Zimmerer). Kempen (Rh.) (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). Mülheim (Ruhr) (Sperrung über alle Stulleuter- und Putzergewerbe, mit Ausnahme der Firmen Bielen und Braun). Oberhausen (Sperrung über das Baugeschäft Fr. Teilmeyer wegen Nichtzahlen des Tariflohnes und Maßregelung). Friedrichshafen (gesperzt ist die Firma Rief wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). Zugang ist fernzuhalten.

Bezirk Bochum.

Aus dem Vertragsverhältnis des Stulleuter- und Putzgewerbes in Essen.

Seit Jahren bemühen sich die vertragsschließenden Parteien (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen) des Stulleuter- und Putzgewerbes, den abgeschlossenen Tarifvertrag auf allen Plätzen zur Anerkennung zu bringen. Vor etwa sechs Wochen wurde dieser Vertrag den verschiedensten Baugeschäften resp. Unternehmern, die auch Putz- und Stulleuterarbeiten ausführen lassen, zur Anerkennung bzw. zur Unterschrift vorgelegt. Obwohl nun dieser Stulleuter- und Putzvertrag von vertragsschließenden Teilen unterschrieben resp. anerkannt ist, auch beide Gruppen im Vertrage die Verpflichtung übernommen haben, überall für Anerkennung des Vertrages einzutreten, glauben einige Baufirmen diesen Vertrag für die Putzergewerben nicht anerkennen zu brauchen. Die Arbeitnehmerorganisationen sahen sich nun gezwungen, den einmal abgeschlossenen Vertrag überall durchzuführen und teilweise zu dem letzten Mittel, dem Streik, zu greifen.

Nach kurzer Dauer des Streiks mußten die Arbeitgeber im Hochbaugewerbe zugeben, daß die Arbeiterorganisationen eine Verpflichtung hätten, den abgeschlossenen Stulleuter- und Putzvertrag auf allen Arbeitsplätzen durchzuführen. Dieses geschah durch die Unterschrift der verschiedensten Arbeitgeber im Hochbaugewerbe. Es haben bis heute folgende Firmen den Vertrag unterschrieben: Kleinherne & Graute, Daniel & Wienhufen, Moser, Diehl, Kruppel & Graul, Jäger & Kessler und Anton Wienhufen.

An unsere Kollegen, die in der nächsten Zeit Putzergewerben verrichten, richten wir die dringende Bitte, mehr als es bis jetzt geschehen, die vertraglichen Bestimmungen einzuhalten; ganz besonders möchten wir auf die Einhaltung der täglichen Arbeitszeit aufmerksam machen. Ja, wir müssen es hier aussprechen, daß es so, wie es jetzt augenblicklich liegt, nicht weitergehen kann. Es muß also die 9/11stündige Arbeitszeit eingehalten werden.

Für die Hilfsarbeiter in den Stückgeschäften wurde ein Nachtrag zwischen dem Ortsverband Essen und den Arbeiterorganisationen zu dem bereits seit 1904 bestehenden Vertrag vereinbart. Die Hilfsarbeiter hatten bis dato in den Stückgeschäften 10stündige Arbeitszeit. Es waren dies unhaltbare Zustände, und bedurften sie einer Abänderung. Dieses ist nun geschehen. Die 9/11stündige Arbeitszeit ist jetzt auch für die Hilfsarbeiter von dem genannten Ortsverbande anerkannt. Der Stundenlohn wird in diesem Jahre um 2 Pf., im nächsten Jahre um 3 Pf. pro Stunde steigen.

Bezirk Frankfurt a. M.

In Bad Kreuznach ist durch Vermittlung des Herrn Bezugsordneten Braun der Kampf im Baugewerbe nach 14wöchentlicher Dauer beendet worden. Die Böhne der Maurer betragen dieses Jahr 48 Pf. und für nächstes Jahr 47 Pf., die der Bauhilfsarbeiter 88 und 40 Pf. Im übrigen gelten die Bestimmungen des Reichstarifs. Die Bauarbeiter erhalten somit für dieses und nächstes Jahr je 2 Pf. pro Stunde mehr, als die Unternehmer zahlen wollten. Der Erfolg beruht vor allem auf den

darin, daß die Unternehmer nicht nur den Reichstaxif anerkennen, sondern in diesem Jahre sogar noch einen Pfennig mehr pro Stunde zahlen müssen, als der Schieds-

Interessant war nun bei der Bewegung die Stellungnahme des sich über das ganze Deutsche Reich erstreckenden Verbandes von „Sich Berlin“. Der Berliner „Arbeiter“, der in seiner Nummer 22 b. J. schon die „Aufsehen“ erregende Mitteilung brachte, daß die Kreuznacher Bauarbeiter schon seit zwölf Wochen resultatlos kämpften, der den sehr schönen Erfolg der Koblenzer Stillature in eine Niederlage umlog, wird es auch fertigbringen, den Erfolg des Kreuznacher Kampfes zu einer Niederlage zu stampfen. „Sich Berlin“ hätte es gar zu gern gesehen, wenn die Kreuznacher Bauarbeiter diesen Kampf verloren hätten; er hat sich auch dementsprechend bemüht, wenn auch ohne Erfolg. Obwohl die Unternehmer dort den Vertrag gebrochen, hat diese Arbeiterorganisation ihre drei bis vier Mitglieder während des Kampfes ruhig weiterarbeiten lassen, ja sogar solche, die die Arbeit ebenfalls eingestellt hatten, zum Weiterarbeiten zu veranlassen gesucht. Diese Leute bringen es aber trotzdem noch fertig, in ihrem kürzlich veröffentlichten Geschäftsbericht von 1915 die im vergangenen Jahre in Kreuznach eingetretene Arbeitszeitverkürzung als einen Erfolg von „Sich Berlin“ zu buchen. Gätte „Sich Berlin“ diese Arbeitszeitverkürzung erringen sollen, dann hätten die Bauarbeiter bis auf den Sonntag Kimmertag warten können. Es soll uns aber trotzdem nicht wundern, wenn im nächsten Jahre der Berliner „Arbeiter“ wiederum von Erfolgen in Kreuznach berichtet, obwohl er für sein in Kreuznach beschäftigtes Viertel-tausend Mitglieder bei der jetzigen Bewegung keinen Finger krümmen gemacht hat.

Wir waren sehr erstaunt, daß, nachdem sich die Kreuznacher Unternehmer so sehr für die Zulassung von „Sich Berlin“ zu den Verhandlungen ins Zeug gelegt hatten, dessen Vertreter trotz zweimaliger Einladung nicht erschienen. Die Vertreter dieses Verbandes merken wohl selbst, daß sie ihre Rolle unter den Kreuznacher Bauarbeitern ausgespielt haben. Vielleicht reicht es noch, um im kommenden Jahre noch einmal von der erfolgreichen Tätigkeit dieses Verbandes zu berichten. Die Bauarbeiter selbst haben eingesehen, daß mit einer solchen Organisation nichts anzufangen ist, und daß nur eine wirkliche Arbeiterorganisation, die im Notfall auch zu dem Mittel des Streiks greift, ihre Interessen wirksam wahren kann. Für die christlichen Bauarbeiter kann dieses nur der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands sein. Hoffentlich verstehen es unsere Kollegen, die notwendige Lehre aus dem Kampfe zu ziehen und für eine weitere Ausbreitung und Stärkung unseres Verbandes zu sorgen.

Bezirk Königsberg.

Die die Tarifverträge aussehenden, die der „maßgebende“ Deutsche Bauarbeiterverband in Ostpreußen abschließt.

In den letzten Nummern des „Grundstein“ wird behauptet, daß in Pr.-Ehlan und Gerbau von dem allern „maßgebenden“ Bauarbeiterverband Tarifverträge abgeschlossen seien. In den höchsten Löhnen wird diese Tat gepriesen und der Deutsche Bauarbeiterverband dem als der billige Jakob empfohlen. Der christliche Bauarbeiterverband aber wird hingestellt, als ob er nichts für die Bauarbeiter täte. Sehen wir uns daher zunächst einmal den Vertrag von Pr.-Ehlan etwas näher an. Der Vertrag, welcher von unserem Verbande abgeschlossen ist, enthält dieselben Bedingungen an Stundenlohn, Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Zuschlag für Wasser- und besonders schmutzige Arbeiten usw., Bandzulage von über vier Kilometer für jeden angefangenen Tag 50 Pf., wie alle übrigen Verträge in ganz Ostpreußen. Der Stundenlohn beträgt genau soviel wie in Heilsberg, Landsberg, Bartenstein, Schuppenheil u. a. m. Der Vertrag, wie er in Pr.-Ehlan von unserem Verbande abgeschlossen ist, entspricht voll und ganz der Tarifpolitik der Führer des Deutschen Bauarbeiterverbandes von 1913, nach der die Löhne in gleichartigen Wirtschaftsgebieten gleich sein sollen. Diese Politik wird von unserem Verbande in Ostpreußen auch für die Zukunft befolgt werden. Was bietet nun der Vertrag von Pr.-Ehlan, welcher mit dem Unternehmer Harwardt vom Deutschen Bauarbeiterverbande abgeschlossen wurde, den Kollegen mehr? Der Stundenlohn soll 63 Pf. in diesem Jahre und 56 Pf. im nächsten Jahre betragen. Wo bleibt aber die tägliche Bandzulage von 50 Pf.? Der Unternehmer Harwardt arbeitet fast ausschließlich auf dem Lande. Während nun nach unserem Tarife mindestens 55 Pf. für dieses Jahr und 47 Pf. für nächstes Jahr gezahlt werden müssen, beträgt der Lohn bei Harwardt nach dem Vertrage des Deutschen Bauarbeiterverbandes 2 resp. 1 Pf. weniger. Und nach solcher „Leistung“ stellt man sich hin und dreht von christlicher Verräterei und Ähnlichem mehr. Wahrscheinlich, der ganze Streik in Pr.-Ehlan hat wieder mal bewiesen, daß es den Führern des Deutschen Bauarbeiterverbandes nur darum zu tun ist, Uneinigkeit unter die Bauarbeiter zu säen und ihre Mitglieder gegen die christlichen Kollegen aufzuheben, um so im nächsten Jahre zu können.

Ebenso großsprecherisch wurde der Abschluß von Verträgen im „Grundstein“ verkündigt. Wie steht diese Hebelnheit aus? Die Bandzulage ist nicht, wie in sämtlichen Ostpreußischen Verträgen, mit 50 Pf. pro Tag festgelegt, sondern nach „freier Vereinbarung“. Lange Jahre ist darum gekämpft worden, die Bandzulage für ganz Ostpreußen einheitlich zu gestalten. Dieses ist jetzt endlich dem letzten Vertragsabschlusse gelungen. Der Deutsche Bauarbeiterverband aber, welcher die allern „maßgebende“ Organisation in Ostpreußen sein will, kommt her und schlägt in Pr.-Ehlan mit dem Unternehmer Harwardt ab in Gerbau mit dem Unternehmer Gemmel Verträge ab, welche das so schwer erlängte Landgeld preisgeben. Ebenso verhält es sich mit dem Zuschlag für Ueberstunden. In ganz Ostpreußen werden hierfür 10 Pf.

verbunden mit 5 Pf. ab. Auch in Angerburg soll derselbe „maßgebende“ Verband kein Landgeld im Vertrage festgelegt haben. Nun, hier hat ein großer Teil der Bauarbeiter bereits die Konsequenzen gezogen und dem „maßgebenden“ Verbande den Rücken gekehrt.

Wahrscheinlich, auf diese letzten drei Tarifabschlüsse kann der Deutsche Bauarbeiterverband „Stolz“ sein. Kommen aber bei dem nächsten Tarifabschlusse die Unternehmer in diesen Punkten auf der ganzen Linie mit Verschlechterungen, so können sich die ostpreußischen Bauarbeiter sofort bei den Führern des „maßgebenden“ Deutschen Bauarbeiterverbandes bedanken.

Unsere Mitglieder aber sehen, wohin der Weg geht. Mehr als bisher ist es ihre Pflicht, an dem Ausbau unseres Verbandes zu arbeiten. Berufstätige Tarifpolitik und praktische Gewerkschaftsarbeit werden schließlich den Sieg über alle sozialdemokratische Geharbeit davontragen.

Bezirk München.

Dillingen a. D. In der „Baugewerkschaft“ Nr. 25 berichteten wir über Tarifverhandlungen, die zu einem erfolgreichen Abschluß führten und den dritten Tarifvertrag seit 1907 für die Maurer brachten. Da in den letzten Jahren Mitglieder unseres Verbandes wegen schlechter Bauverhältnisse auswärts, in München und Augsburg, zu arbeiten gezwungen waren, so sind einige weniger Widerstandsfähige den andauernden Verfolgungen der „Genossen“ zum Opfer gefallen, die jetzt in Dillingen mit noch ein paar „Arbeitskollegen“, die persönlicher Unstimmigkeiten wegen sich von unserem Verband in das rote Lager flüchteten, das Banner des „freien“ Bauarbeiterverbandes aufgerichtet haben. Nebenbei sei bemerkt, daß einige dieser „Freiheitsapostel“ es auch fertigbrachten, bei der jüngsten Fronleichnamsprozession Fahnen zu tragen. Welch ein Zwiespalt der Natur! Obwohl der „große, freie“ Bauarbeiterverband schon seit einigen Jahren in Dillingen besteht und daselbst in kurzen Zwischenräumen seiner Umgebung seine ihm höchst eigenem großen Kulturarbeit (?) durch Flugblätter und andere Traktatchen verkündet, hat er sich um die am Orte vorhandenen Arbeitsverhältnisse nicht gekümmert und auch keinerlei Versuch gemacht, dieselben zu verbessern. Die ganzen Vorarbeiten zu den jüngsten Tarifverhandlungen und die Aufstellung und Begründung der Forderungen hat ausschließlich unser Verband gemacht; die ganze Tätigkeit der „freien“ Lohnkommission bestand in der Teilnahme an den Tarifverhandlungen selbst. Wir hätten über diese allzu bequeme Arbeitsweise der „Genossen“ und über deren Ursprung in Dillingen gar nicht berichtet, wir glaubten, mit unserer Verdichterstattung über die Lohnbewegung in der „Baugewerkschaft“ ohne jegliche kritische Bemerkung gegenüber den Andersorganisierten abschließen zu können, jedoch die bezüglich der Darstellung im „Grundstein“ zwingt uns zu dieser Entgegnung. Der „Grundstein“ schreibt: „In Dillingen bestand bisher kein Tarifvertrag. Als in letzter Zeit die Maurer nach und nach der Organisation beitraten, wurde eine Lohnbewegung beschloffen.“ Soviel Worte, soviel Unwahrheiten. Der Tarifvertrag ist zum dritten Male abgeschlossen. 1907 hat unser Verband die Grundlage dazu geschaffen und dieselbe 1909 erweitert. Die jüngst zum Abschluß gebrachte Lohnbewegung hatte unser Verband bereits vor Jahresfrist eingeleitet und diesbezügliche Verhandlungen geführt. Wenn der „Grundstein“ weiter schreibt, daß außer den Lohnsteigerungen auch Zuschlagszahlungen für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Wasser-, Feuerungs-, Brunnen- und Ueberlandarbeiten vereinbart wurden, so reiht sich das den ersteren an, es ist das eine Behauptung wider besseres Wissen, das man gemeinhin als Lüge bezeichnet. Die sämtlichen Zuschlagszahlungen bestehen seit 1907, sind also von unserem Verbande errungen worden, und sind im jetzigen Vertrag mit der ausdrücklichen Konstatierung des Vorsitzenden, Hgl. Hofrat Degen, rechtsf. Bürgermeister, dieselben 5 Leihen beim alten, herübergenommen worden. — So weit können sich nur Leute verirren, die von der sigen Idee befangen sind, daß überall da, wo sie zum ersten Male ihren Fuß hinsetzen, noch kulturwidrige Zustände bestehen, deren Abschaffung ihnen vorbehalten sei. Das ist ein Trugbild, wie obige Figuren zeigt.

Bezirk Stuttgart.

Friedrichshafen. Der Streik, welcher am hiesigen Orte wegen Nichtanerkennung der gestellten Forderungen und deren tariflichen Festlegung geführt werden mußte, ist nach sechstägiger Dauer mit einem schönen Erfolge beendet worden. Der Kampf wurde gemeinsam mit der „freien“ Organisation geführt. Auch sind die Hirsch-Dunderschen mit einigen Mitgliedern am Plage vertreten. Letztere hielten es aber nicht für notwendig, sich um die Bewegung zu kümmern, sondern arbeiteten ruhig weiter; jedenfalls ein sprechender Beweis, auf welche Art und Weise die Hirsch-Dundersche Gewerkschaft Arbeiterinteressen vertritt. Nachdem in den ersten Streiktagen die Firma Möhle sich zur Unterzeichnung eines Abwerkes verstand, in welchem sie die Forderungen der Streikenden anerkannte und zugleich erklärte, den zustande kommenden Tarifvertrag anzuerkennen, schloß auch Baugewerksmeister Hefele in Ravensburg, welcher Mitglied des Deutschen Arbeitgeberbundes ist und am hiesigen Orte größere Arbeiten ausführt, am 20. Juni mit den in Frage kommenden Organisationen einen Tarif ab. Hiermit war für die Streikenden der Beweis erbracht, daß die Unternehmer wohl in der Lage sind, die gestellten Forderungen anzuerkennen. Letztere sind nun auch eines Besseren belehrt worden, und es fanden dann auf Veranlassung der Unternehmer am Montag, den 22. Juni, im Seehotel Verhandlungen statt. Hierbei mußten die Unternehmer uns zu, erst am 1. April 1915 mit ihnen ein Vertragsverhältnis einzugehen. Selbstverständlich mußten wir dieses Anstimmeln ablehnen. Auch auf einen weiteren Vorschlag, ab 1. September in diesem Jahre den Vertrag abzuschließen, konnten wir ebenfalls nicht eingehen. Schließlich machten die Unternehmer den Vorschlag, für dieses Jahr 52 bis 55 Pf. für Maurer und 45 bis 45 Pf. pro Stunde für Hilfsarbeiter zu zahlen. Dieses Angebot sollte schriftlich garantiert werden, aber einen

Tarifvertrag wollten sie nicht abschließen. Nachdem man ihnen aber ausbeinandergesetzt hatte, daß sie in dem auch einen Vertrag hätten, bequemen sie sich dazu, auch die anderen Forderungen, die weniger materielle Bedeutung für sie haben, anzuerkennen, und so kam dann der Tarifabschlusse zustande. Der wesentliche Inhalt ist folgender: Stundenlohn für Maurer ab jetzt bis 31. März 1915 52 bis 55 Pf., und von da ab 55 Pf. Die Stundenlohn fällt somit im nächsten Jahre weg. Für Hilfsarbeiter jeweils 10 Pf. weniger. Für Ueberstunden werden 25 Prozent, für Nachtarbeit 50 Prozent, für Arbeiten an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen 100 Prozent Zuschlag bezahlt. Ferner für Wasserarbeiten 25 Prozent, für Reparaturen an Aborten und Feuerungsanlagen 100 Prozent Zuschlag. Der Vertrag läuft bis 31. März 1916. Dieser Erfolg darf zweifellos als ein schöner bezeichnet werden, wenn man bedenkt, daß der Stundenlohn bisher 45 bis 48 Pf. für Maurer, für Hilfsarbeiter 10 Pf. weniger in der Stunde betrug. Von dem prozentualen Zuschlag wußte man bisher gar nichts. Leider ist noch eine Firma am Orte, welche den Tarif noch nicht anerkannt hat, es ist dieses die Firma Kief. Es ist nun Pflicht der gesamten Bauarbeiterschaft, auch im Interesse der Zukunft, daß diese Firma bezwungen wird, den Tarif anzuerkennen, denn diese Firma zahlt Stundenlöhne für Maurer von 45 und 46 Pf., und glaubt vielleicht auf Grund dessen eine Schmutzkonzurrenz am hiesigen Plage entfalten zu können. Kollegen, die Firma bleibt für die Bauarbeiter so lange gesperrt, bis dieselbe den Tarif anerkennt. — Auch finden von jetzt an die Lohnzahlungen nicht mehr am Samstag, sondern am Freitag statt. Sollte sich irgend ein Unstimm bei der Durchführung des Tarifvertrages ergeben, so wollen sich die Kollegen an die Ortsverwaltung wenden. In der Bauarbeiterschaft von Friedrichshafen liegt es nun, nicht auf den errungenen Vorbeeren auszuruhen, sondern, wenn das Errungene auch für die Zukunft sichergestellt sein soll, sich dem christlichen Bauarbeiterverbande anzuschließen. Werde jeder ein Agitator für unsere Sache, denn bei diesem Kampfe hat sich das Wort bewährt: „Vereinte Kraft Großes schafft.“ Dieses muß der Wahrspruch für unsere Kollegen sein, und damit muß an die Verbearbeit herangetreten werden.

Dachdecker.

Nachen. Endlich ist es gelungen, auch im Nachener Dachdeckergerwerbe die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Abschluß eines dreijährigen Tarifvertrages zu regeln. Die Dachdeckermeister-Zwangsgesinnung schickte es anfangs ab, mit den Organisationsvertretern zu verhandeln, und erklärte, nur mit dem Gesellenausschuß zu verhandeln. Durch das gemeinsame Vorgehen der beiden Organisationen haben sich die Innungsmeister eines besseren besonnen, und mit den beiden Organisationen, sowie dem Gesellenausschuß einen Vertrag abgeschlossen. Der Abschluß dieses Vertrages bedeutet für die Kollegen einen vollen Erfolg. Wurde bisher noch Tage- und Wochenlohn gezahlt, so tritt an dessen Stelle der Stundenlohn. Ebenso sind die Staffellöhne gestiegen, für deren Beibehaltung die Arbeitgeber große Anstrengungen machten. Der bisherige Lohn betrug, in Stunden umgerechnet, durchschnittlich 47 Pf. pro Stunde. Durch den jetzigen Abschluß beträgt der Stundenlohn ab 1. Juli 1914 54 Pf., ab 1. April 1915 57 Pf., ab 1. April 1916 60 Pf. Der Lohn der Junggesellen nach beendeter Lehrzeit beträgt im ersten Jahr 40 Pf., im zweiten 45 Pf., im dritten 50 Pf. Die Arbeitszeit ist genau dieselbe wie für die anderen Berufe im Nachener Baugewerbe. Jetzt ist es Aufgabe der Kollegen, daß der Tarifvertrag voll und ganz zur Durchführung gelangt und der letzte Unorganisierte dem Verbände zugesöhnt wird, damit die Kollegen nicht die Erfahrung machen wie die Kollegen im Stufgerwerbe. Dieselben glaubten, es genüge, wenn der Vertrag auf dem Papier stehe, und kehrten der Organisation den Rücken. Die Kollegen waren, daß sie anstatt Lohnerhöhungen, wie sie im Vertrag vorgesehen waren, Lohnreduzierungen erhielten, und zwar in einem Zeitraum von zwei Jahren bis 10 Pf. pro Stunde. Also, Kollegen, tue jeder seine Pflicht, dann werden wir auch in Zukunft unsere Interessen wahren können.

Düren. Am 22. April lief unser Tarifvertrag ab. Die nach Ablauf des Vertrages einsetzenden Verhandlungen schienen zu scheitern. Die Unternehmer, so uneinig sie unter sich sind, traten in den Verhandlungen gegen jede Aufbesserung des Tariflohnes ein. In einigen Geschäftskreisen war nicht besonders viel zu tun. Dazu kam, daß sich der Streik im Kölner Dachdeckergerwerbe lange hinzog. Der notwendige Schneid unter den Kollegen fehlte ebenfalls. Mehrere Kollegen zeigten so wenig Interesse, daß sie nicht einmal zu den Versammlungen erschienen. Die Vorstands- und Lohnkommissionsmitglieder konnten infolgedessen nicht so wirken, als wenn jeder mit Begeisterung sein Interesse bekundet hätte. Entsprechend diesen Verhältnissen nahmen die Unternehmer einen schroff ablehnenden Standpunkt ein. Durch das Hinziehen des Kölner Streiks zogen sich auch in Düren die Verhandlungen hin. Den meisten Kollegen wurde das Abwarten des Resultates in Köln zu lange. Es wurden darum Einigungsvorschläge beschlossen, nach welchen der Tariflohn in diesem und im nächsten Jahre um je 2 Pf. erhöht werden sollte. Die Forderung betrug 10 Pf. Dieses lehnten die Unternehmer aber ebenfalls ab. Sie wollten wohl eine Lohnerhöhung von 2 Pf. an diejenigen, „die es verdienen“, zahlen, ohne eine Verpflichtung zu übernehmen. Mittlerweile endete dann der Kölner Streik mit dem bekannten Erfolge. Nun schlug die Stimmung bei einigen Firmen um. Diese merkten, daß sie bei einem Kampfe die Geschädigten sein würden, und brachten bei der Arbeitgebervereinsung den Beschluß durch, wonach unser Einigungsvorschlag Annahme fand. In der folgenden Verhandlung kam es dann zur Einigung. Unter Beibehaltung der bisherigen Vertragsbestimmungen steigt der Tariflohn insgesamt um 5 Pf. pro Stunde, und zwar die ersten beiden Jahre um je 2 Pf. und im dritten Jahre um 1 Pf. Der Erfolg ist zwar nicht so bedeutend, jedoch man darf, daß

bei der Bewegung vor zwei Jahren der Stundenlohn um 10 Pf. erhöht wurde, mit diesen beiden Bewegungen der Stundenlohn also um 15 Pf. gesteigert ist, dann ist das Resultat doch ansehnlich. Die Versammlung stimmte mit vier Fünftel Majorität dem Resultat zu und beschloß zugleich, über Geschäfte, die sich als Einzelunternehmer weigern, den Tarif unterjährlich anzuerkennen, die Sperre zu verhängen. Alle einigermaßen als Geschäfte in Frage kommenden Unternehmer haben auch bereits den Tarif unterzeichnet. Selbst sogar die Firma W. Kapprau, die infolge des indifferenten Verhaltens der Gehilfen das größte Hindernis für eine weitere Lohn-erhöhung bildete. Es muß nun scharf darauf geachtet werden, daß der Tarifvertrag von allen Firmen strikte durchgeführt wird. Jeder muß sorgen, daß die Organisation lückenlos wird. Dann ist 1917 leichter vorwärts zu kommen.

Aus den Tarifämtern

Sitzung des Einigungsamtes für das Platten-gewerbe in Essen am 28. Mai 1914.

1. Verhandlung über die in Köln er-örterte grundsätzliche Frage der Bezahlung auswärtiger Arbeit. (Entscheidung der Tarifparteien.) Es wurde festgestellt, daß der Tarifvertrag für das Plattengewerbe in Rheinland und Westfalen bezüglich der auswärtigen Arbeiten tatsächlich eine Unklarheit enthält. In der Praxis wird der Grundlohn nicht festgehalten, der aus dem Wortlaut des Akkordtarifs zu folgern ist, daß Zulage für aus-wärtige Arbeit zu zahlen ist, wenn Wohn- und Arbeits-or des Miteinlegers sich beden. Auch ergibt sich aus den beiderseitigen Darlegungen der Tarifparteien, daß bei Abschluß des Tarifvertrages eine solche Vertragsabicht nicht bestanden hat. Nach eingehenden Erörterungen sind für die Zulagen für auswärtige Arbeiten folgende Grund-sätze als maßgebend zu bezeichnen:

I. Sendet der Arbeitgeber einen Arbeiter von seinem Betriebsort zu einer außerhalb dieses Betriebsortes be-ndlichen Arbeit, so liegt, sofern der Arbeiter nicht am Ort dieser Arbeit wohnt, „auswärtige Arbeit“ im Sinne des Akkordtarifs vor, Zulage ist zu zahlen.

II. Beschäftigt der Arbeitgeber in seinem Betriebsort Arbeiter, bei denen Wohn- und Arbeitsort sich nicht beden, so liegt nicht „auswärtige Arbeit“ vor, sondern es handelt sich um auswärtige Arbeiter, denen Zulage nicht zu zahlen ist.

III. Sägt der Arbeitgeber außerhalb seines Betriebs-ortes Arbeiter ausführen, so ist keine Zulage zu zahlen, wenn der Arbeiter an dem Arbeitsort wohnt. Zulage ist dagegen zu gewähren, wenn er seinen Wohnort nicht am Arbeitsort hat. Es bedarf im letzteren Fall der Fest-stellung im einzelnen, ob der Arbeiter tatsächlich an diesem Ort wohnt oder nur zu vorübergehender Arbeit auf-haltend gewesen ist. Die Zulage ist nach den für den Arbeitsort geltenden Sätzen, sonst in analoger Anwendung der für den Betriebsort des Arbeitgebers vereinbarten Sätze zu bemessen.

2. Einbruch der Firma Curt Schleh aus Köln gegen den Beschluß der Schlichtungs-kommission Köln vom 21. März 1914 (Ent-scheidung des Einigungsamtes für das Plattengewerbe in Kölner Besetzung). Das Einigungsamt bestätigt die Entscheidung der Schlichtungs-kommission für das Plattengewerbe vom 21. März 1914 insofern, als den von der Firma Curt Schleh in Oberjelm beschäftigten, in Wohnort wohnhaften Leuten die Zu-lage zu zahlen ist; es entscheidet aber weiter, daß den Leuten aus Hagen und Kassel ebenfalls die Zulage zu zahlen ist, wenn sie in diesen Orten ihren Wohnort hatten und während der Arbeit behielten. Wird dieses be-jagt, so ist die Höhe der Zulage nach Maßgabe der für Oberjelm bestehenden Sätze zu bemessen. Die Begründung ergibt sich aus der Entscheidung zu 1.

3. Antrag der Schlichtungskommission Duisburg auf Entscheidung der Frage: Sind Zulagen und welche Zulagen sind zu zahlen, wenn ein außerhalb von Duis-burg ansässiger Plattenleger von einer hiesigen Firma für eine außerhalb von Duisburg auszuführende Arbeit ange-nommen wird. (Entscheidung des Ein-igungsamtes in der Duisburger Besetzung.) Die Entscheidung auf den Antrag der Schlichtungs-kommission Duisburg ergibt sich aus der Entsch-eidung zu 1.

1. Antrag der Schlichtungskommission Eilen

- a) auf Entscheidung über die Art der Be-rechnung der doppelten Hohlkehlen,
- b) ob und inwieweit Plattenverkleidun-gen von schrägen Flächen, die z. B. als Abdeckung von Heizkörpernischen und bergleichen dienen, als Platten-arbeiten an Decken im Sinne der Po-sition 42 des Akkordtarifs anzu-zählen sind.

Es ergeht folgende Entscheidung:

Zu a): Nach Ziffer 33 werden die losen, nicht die doppelten Hohlkehlen bezahlt.

Zu b): Eine allgemeine Entscheidung läßt sich nicht fällen. Es ist nach Art der im einzelnen Fall vorliegen-den Arbeit, insbesondere nach der inneren Ausgestaltung der Heizkörpernischen und dergleichen zu beurteilen, ob Position 42 des Akkordtarifs Anwendung zu finden hat.

6. Von Arbeitgeberseite wurde außerhalb der Tages-ordnung die Frage aufgeworfen, ob unter Wandbelleis-tungen aller Art gemäß Ziffer 54 des Akkordtarifs Ver-blendungen fallen oder mit Rücksicht auf den höheren Satz der nicht darunter fallen. Die Frage wurde, weil nicht auf der Tagesordnung stehend, vertagt. Sie soll auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden.

Jahresberichte der Bezirke

Bezirk Königsberg. Der Ausgang der letzten all-gemeinen Lohnbewegung wurde schon im vorjährigen Bericht eingehend geschildert. Außer den im letzten Jahresbericht aufgeführten Lohngebieten, wo unser Ver-band als Vertragskontrahent in Frage kommt, sind noch hinzugekommen Dirschau, Tuchel und Seeburg. Die Er-folge in diesen Lohngebieten schließen sich den übrigen würdig an. In Dirschau mußten die Arbeitgeber durch einen Streik zum Abschluß des Vertrages gezwungen werden. Dieser dauerte fünf Tage und endete mit einem vollen Erfolg für die Kollegen. In seinem Jahresbericht glaubt der Genosse Red vom „freien“ Zimmerverband aus Danzig die Sache so darzustellen zu müssen, als ob infolge der Haltung unserer Kollegen der Erfolg zu gering sei und mehr hätte herausgeholt werden können. Dabei ist es eine unbestreitbare Tatsache, daß alle drei in Betracht kommenden Organisationen in voller Ein-mütigkeit bei der Bewegung gehandelt haben. Wozu deshalb diese Verdächtigung dienen soll, ist nicht recht klar, doch wohl nur zu dem alleinigen Zweck, um ein Agitationsmanöver aufzuführen. Genosse Red hat aber mit solchen Mäßen bisher kein Verständnis bei den Dirschauer Kollegen gefunden. Unser Verband ist nun-mehr im Bezirk in 29 Lohngebieten Vertragskontrahent, davon in 14 Gebieten ohne andere Verbände, in den übrigen gemeinsam mit den sozialdemokratischen Organi-sationen. Der höchste Stundenlohn für Maurer und Zimmerer beträgt 71 Pf. in Königsberg, der niedrigste 45 Pf., und zwar in Seeburg, wo zum ersten Male der Lohn tariflich geregelt wurde, nachdem die Kollegen erst vier Wochen organisiert waren. Der Vertrag läuft am 1. Mai 1915 ab und muß demselben selbstverständlich er-neuert werden. In Stegers, wo in diesem Frühjahr eben-falls zum erstenmal ein Tarifvertrag abgeschlossen wurde, konnten 47 Pf. festgelegt werden. In Barthaus beträgt der Lohn 48 Pf. und in Ruhig 49 Pf. Alle übrigen Lohngebiete haben einen Stundenlohn von mehr als 50 Pf. Für Bauhilfsarbeiter beträgt der höchste Stunden-lohn 59 Pf., der niedrigste, in Barthaus, 32 Pf. Wenn man bedenkt, daß die Entlohnung der ungelerten Ar-beiter bisher nach Wilsdorf geschah, und Stundenlöhne in den meisten kleineren und mittleren Städten von 18 bis 25 Pf. gezahlt wurden, so kommt bei den tariflich gestiegenen Stundenlöhnen so recht die praktische Gewer-schaftsarbeit zum Ausdruck. Leider muß gesagt werden, daß es gerade ein Teil der nichtgelerten Arbeiter ist, welcher den Wert der gewerkschaftlichen Bewegung noch nicht voll und ganz erfasst hat. So ist in einzelnen Orten eine Anzahl von den Bauhilfsarbeitern, die kurz vor und während der Bewegung dem Verbands be-traten, demselben jedoch nachher wieder zum Teil ver-lorren gegangen. Möge auch bei diesen Kollegen die bessere Einsicht halb den Sieg davontragen.

Die tariflichen Löhne wurden auf der ganzen Linie von den Unternehmern gezahlt. Nur in Allenstein mußte eine Anzahl Bausperrern unternommen werden, um den Bauhilfsarbeitern den Tariflohn zu erringen. Die Schuld daran, daß es soweit kommen mußte, tragen aber die viele Jahre vernachlässigten. Hierin ist nunmehr eine Besserung eingetreten. Mögen die Kollegen daraus die Lehre ziehen, daß nur durch eine geschlossene Organi-sation das Errungene durchgeführt werden kann.

Von den im Jahre 1912 bestehenden Verwaltungs-stellen hatten acht einen Mitgliederzuwachs von 14, wozu noch drei neugegründete Verwaltungsstellen mit einer Zunahme von 58 Mitgliedern kamen, was eine Gesamtzunahme von 203 Mitgliedern ausmacht. Da-gegen hatten Verlust an Mitgliedern zehn Verwaltungs-stellen mit 125 Mitgliedern, so daß ein Verlust von 223 Mitgliedern eintrat. Der Mitgliedererwerb in elf Verwaltungsstellen konnte also den Verlust in den übrigen nicht wett machen. Der größte Verlust entfiel auf die Verwaltungsstelle Danzig mit 223, welcher zum größten Teil auf die dortige schlechte Baukonjunktur zurückzuführen ist. Den Verlust, den die Verwaltungsstelle Allenstein erlitt, ist nur iheinbar. Denn 150 bis 180 Arbeiter wurden in Ortelsburg dem christlichen Holzarbeiter-verbände abgetreten. Zurzeit wird die Verwaltungsstelle Allenstein wohl 600 Mitglieder zählen. Der geringe Verlust, den die übrigen Verwaltungsstellen erlitten, konnte ebenfalls, durch die schlechte Baukonjunktur her-vorgehoben, nicht gut vermieden werden. Einige hätten ihren Mitgliederbestand halten können, wenn jedes Vor-standsmitglied und jeder Vertrauensmann seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan hätte. Hoffentlich wird es auch hierin in der Zukunft besser. Grundsätzlich geht es in diesem Frühjahr an den meisten Orten vorwärts, so daß nach aller Voraussicht am Jahreschluß von einem günstigen Stande unseres Verbandes im östlichen Bezirke berichtet werden kann.

Verwaltungsstellen waren am Schlusse des Jahres 1912 19 vorhanden mit 40 Zahlstellen. Eine Verwal-tungsstelle ging ein, während vier neu gegründet werden konnten, so daß jetzt 22 Verwaltungsstellen mit 46 Zahl-stellen bestehen. Auch im östlichen Teile des Bezirks von Ostpreußen geht es voran. So konnte in Anger-burg, welches bisher die Genossen als ihre alleinige Do-mäne betrachteten, eine Zahlstelle gegründet werden, welche bereits 82 Mitglieder zählt. Auch in anderen Städten dieses Teiles ringt sich der christliche Gewer-schaftsgebäude durch. Auch in den westpreussischen Teilen des Bezirks geht es voran. In einer Anzahl Orte sind bereits Ansätze vorhanden, welche zu Hoffnungen be-rechtigen.

Wehr als bisher müssen unsere Vertrauensmänner sich der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge annehmen. Einzelne Verwaltungsstellen leisten hier eine zufrieden-stellende Arbeit, der größte Teil jedoch kümmert sich leider um die jugendlichen nicht; dieses muß unbedingt besser werden. Veräumtes muß nachgeholt werden. Auf der ganzen Linie muß die Jugend von uns organisiert werden. In den Gebieten, wo die Bauarbeiter unserem

Verband angehören, müssen auch sämtliche Lehrlinge uns organisiert sein, ebenso die jugendlichen Arbeiter. Die Baukonjunktur war in den meisten Lohngebieten eine äußerst schlechte. In Danzig und den Vorort-besonders in Zoppot, war das ganze Jahr hindu Arbeitslosigkeit vorhanden. Mancher Familienna-musste seinen Koffer packen, um fern von seinem Lieb-das Allernotwendigste zu verdienen. Ebenso war es Allenstein, wo die Baukonjunktur schlecht war. Hier in diesem Jahre eine Besserung eingetreten, was uns Kollegen auch fleißig zur Agitation für unseren Verba-dausnützen. In Danzig, Oliva und Zoppot ist auch diesem Jahre die Konjunktur noch matt, wenn auch et-was besser als im Vorjahre. Ebenso liegt die Baukonjunktur danieder in Neustadt, Ruhig und Br. Stargard, wärend in Dirschau, Schwes u. a. flott gebaut wird. Königsberg war im Vorjahre sehr viel zu tun, was an in diesem Jahre noch der Fall ist, wenn auch die private Bautätigkeit wegen der erschwerten Umstän-nachgelassen hat, trotzdem noch immer Wohnungsma-vohanden ist. Es können hier aber noch immer arbei-lase Kollegen für dauernde Beschäftigung in Arbeit-bracht werden. Der Bezirksleiter war bemüht, den ar-beitslosen Kollegen Arbeit nach Möglichkeit nachzuwei-sebrbracht werden. Unsere Kollegen sollten darauf bedac-sein, bei eintretender Arbeitslosigkeit sich sofort bei ih-re Vorstand zu melden, damit dieser die Arbeitslosig-keit dem Bezirksleiter mitteilen kann; wenn offene Stell-vohanden sind, ist das ebenfalls zu melden.

Das Verhältnis zu den gegnerischen Organisationen ist dasselbe wie früher. Im ganzen genommen herrschtauf den Baustellen ein friedlicheres Verhältnis zwisch-unseren Kollegen und denen der „freien“ Verbände, a-vielsch in früherer Zeit. Gewiß gibt es noch immer sozialdemokratisch verhegte Kollegen, welche glauben, d-Nicht auf Arbeit sei nur für ihre Gesinnungsgenoss-da. Sobald unsere Kollegen aber diesen mit der un-wendigen Energie entgegneten, verstummt selbst d-größte Schreihals. Bedauerlich ist, daß das Verhältn-d der Führer untereinander, besonders mit denen d-„freien“ Bauarbeiterverbandes in Ostpreußen andauer-ein schlechteres wird. Die Schuld daran trägt die ve-werkschaftliche Agitationsweise, deren sich diese Vertreter d-sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes bedienen. Ei-Besserung wird aber unter dem jetzigen Regime dieser Beziehung kaum zu erwarten sein. Uns soll d-aber weiter nicht hören. Unsere Organisation ist e-Faktor, mit der auch der fanatischste Gegner in D-und Westpreußen rechnen muß. Ohne ihn ist überhaupt keine größere Aktion durchzuführen. Mit seinen a-nähernd 3000 Mitgliedern im Bezirk wird der christlic-Bauarbeiterverband auch in Zukunft ein sicherer St-für alle christlich und national denkenden Bauarbeit-gegen sozialdemokratische Umsturzbestrebungen sei-Andere Organisationseinrichtungen, mit denen m-rechnen müßte, gibt es im Baugewerbe hier nicht. A-polnische Berufsorganisation kommt in Westpreußen-unseren Gebieten nur in einigen wenigen Orten in Frag-„Eiß Berlin“, welcher nie etwas im Baugewerbe-sagen hatte, wirtschastet auch mit seinen Vereinen imm-mehr ab. Immer mehr rücken die einzelnen Peret-von diesen Quertreibern ab.

Das Jahr 1913 war, wenn man den Wid-rückst-wendet, ein Jahr der Erfolge, besonders für unse-östlichen Kollegen. In den allermeisten Orten tritt i-nächsten Frühjahr eine nochmalige Lohnerhöhung v-2 Pf., zum Teil von 3 und 5 Pf. ein. Dann r-werden viele Mitglieder den Erfolg recht zu würdig-wissen, den uns die letzte Lohnbewegung gebracht h-Das verflissene Jahr war aber auch ein Jahr der Ar-bwie keines zuvor. Die führenden Kollegen in den alle-meisten Verwaltungsstellen sind sich ihrer Pflicht bewus-sie wissen, was sie wollen. Tatkräftig haben sie d-Bezirksleiter in seinem weitverzweigten Gebiete untr-stützt. Möge dieses auch in Zukunft so bleiben. Arbeit-Führer und Mitglieder einig Hand in Hand, so ist-möglich, weitere Vorteile für die Arbeiterschaft zu-ringen. Dank sei daher auch an dieser Stelle all de-jenigen Kollegen gezollt, welche sich in den Dienst unse-ger guten Sache stellten. Mögen diese Kollegen auch der kommenden Zeit mitarbeiten an der Verwirklichun-der großen und edlen Ziele unseres christlichen Ba-uarbeiterverbandes. Vorwärts! das muß wie bisher, a-in der Zukunft unsere Parole sein.

August Schöneke, Bezirksleiter

Verbandsnachrichten

Wir machen die Mitglieder in ihrem eig-

nen Interesse darauf aufmerksam, daß a-Sonntag, den 5. Juli, der 18. Wochenbeitr-für das Jahr 1914 fällig ist.

Wittich, 25. Juni. Wie wir bereits in unserem B-Verbandsorgan mitgeteilt haben, hat unsere Organisat-ion mit den Unternehmern im Witticher Baugewerbe für-einen Tarifvertrag abgeschlossen, der zur vollen Zufried-heit der Witticher Bauarbeiter ausgefallen ist. Die Kol-gen von Wittich und Umgebung sind im Herbst vorzi-Jahres und im Laufe dieses Frühjahr fast restlos unse-Verbände als Mitglieder beigetreten. Durch diese Ein-keit war es möglich, in Wittich, in einer Gegend, die b-her als eine der schlechtesten hinsichtlich der Lohn-1-Arbeitsbedingungen genannt werden konnte, einen Ta-vertrag abzuschließen und somit geordnete Zustände-schaffen. Wie die Verhältnisse im Witticher Baugewe-bisher gelagert waren, wird am besten dadurch beleuch-wenn man bedenkt, daß der Lohn für einen Bauhil-arbeiter schwankte zwischen 23-27 Pf., der Lohn-einen Maurer 38-42 Pf. pro Stunde betrug. Seit-unserer Organisation wurden nun im Laufe dieses Ja-

Jahrs gemeinsam mit unseren dortigen Kollegen Forderungen aufgestellt und dieselben den in Frage kommenden Unternehmern unterbreitet. Da die Unternehmer eine friedliche Regelung ablehnten (die Unternehmer sind teilweise nicht zu den Verhandlungen erschienen) wurde in einer öffentlichen Versammlung in Bilsch am 11. Mai dieses Jahres der Streik beschlossen, der drei Wochen später, am 3. Juni mit folgendem Erfolg beendet wurde: Stundenlohn für Maurer, bisher höchst 42 Pf., jetzt Tariflohn 55 Pf., mit Lohnhöhung 18 Pf. pro Stunde. Stundenlohn für Bauhilfsarbeiter, bisher höchst 27 Pf., jetzt Tariflohn 40 Pf., mit Lohnhöhung 13 Pf. pro Stunde. An Zuschlägen pro Stunde für Ueberstunden bisher nichts, jetzt 10 Pf.; für Nacharbeit bisher nichts, jetzt 25 Pf.; für Sonntagsarbeit bisher nichts, jetzt 50 Pf.; für Wasserarbeit bisher nichts, jetzt 10 Pf. Von den weiteren Verbesserungen, die der Tarifvertrag noch bringt, wollen wir gar nicht reden. Jeder vernünftige Mensch muß ohne weiteres zugeben, daß dieser Erfolg, den unser Verband bei diesem Tarifabschluß für seine Mitglieder erreicht hat, sich ruhig setzen lassen kann. Tarifverträge mit Lohn-erhöhungen von 13 Pf. pro Stunde können wohl nicht leicht zu den schlechtesten gezählt werden. Doch es gibt Leute, die, wenn ein anderer etwas erreicht hat, sich in die Brust werfen und sagen: das hätte ich auch fertiggebracht, ja, dies hätte ich noch besser gemacht. In dieser Sorte Leute scheint auch Herr Josef Schrotz, seines Zeichens Gewerkschaftsbeamter im „großen“ Deutschen Bauarbeiterverband in Saarbrücken, zu gehören. Bevor ich mich näher mit diesem Herrn befaße, stelle ich folgende Tatsache fest: Der Streik in Bilsch wurde von unserer Organisation allein geführt, da die Leitung des Deutschen Bauarbeiterverbandes, die für jenen Bezirk zuständig ist, sich überhaupt nicht um die Verhältnisse in Bilsch kümmerte. Bei Ausbruch des Streiks hatte der Deutsche Bauarbeiterverband in Bilsch acht Mitglieder, welche bei den Unternehmern arbeiteten, die bestrickt wurden. Von diesen acht Mann ist nur ein einziger in der näheren Umgebung von Bilsch ansässig, die übrigen sind nach Bilsch zugereist. An den ersten beiden Streiktagen hat ein einziger dieser rot organisierten die Arbeit eingestellt, alle übrigen arbeiteten ruhig weiter, trotzdem dieselben von ihren streikenden Kollegen auf das Wertvollste ihrer Handlungsweise wiederholt aufmerksam gemacht wurden. Erst auf die dringende Aufforderung unsererseits fiel es der Bezirksleitung des roten Verbandes in Straßburg ein, sich nach Bilsch zu bemühen, um ihre Mitglieder aufzufordern, die Arbeit einzustellen. Ein Teil davon hat nun auch die Arbeitsstellen verlassen, während zwei derselben während der langen Streikdauer als Arbeitswillige gearbeitet haben. Nun, nachdem der Streik bereits über 14 Tage beendet ist, da erscheint der Mann auf der Bilschfläche, der für Bilsch betrogen gewesen wäre, damit die Kollegen dort sich nicht mit der „miserablen Lohnhöhung“ hätten zufriedengeben müssen. Leider ist der gute Mann etwas zu spät gekommen. Es ist dies der bereits schon erwähnte Herr Josef Schrotz, Zweigvereinsbeamter des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes in Saarbrücken. In der vergangenen Woche hat auf seine Veranlassung hin in Bilsch eine Versammlung stattgefunden, in welcher Herr Schrotz, sich in die Brust werfend, unter anderem ausrief: „Kollegen, wenn ich hier gewesen wäre, so hätten wir einen anderen Vertrag abgeschlossen, mit einem Stundenlohn von mindestens 60 Pf. Da habt ihr's! Ich nehme doch an, daß Herr Schrotz schon lange weiß, wo Bilsch liegt, und daß Fahrgeiß vierter Klasse betrug von vor und während des Streiks von Saarbrücken nach Bilsch und zurück 2,40 M. Der Stundenlohn von 55 Pf. also nichts nach der Meinung des Herrn Schrotz. Hierzu möchte ich Herrn Schrotz empfehlen, einmal die Verträge von Hagenau und Weissenburg durchzusehen: dort wird er finden, daß der „große“ Deutsche Bauarbeiterverband mit weit niedrigeren Löhnen Verträge abgeschlossen hat. So sieht z. B. der Lohn für einen Maurer in Hagenau auf 49 Pf. pro Stunde, in Weissenburg, wo der sozialdemokratische Bauarbeiterverband in diesem Jahre ebenfalls einen Tarifvertrag abgeschlossen hat, beträgt der Stundenlohn für einen Maurer 50 Pf. Eine Lohnhöhung von 13 Pf., die wir in Bilsch erreicht haben, ist nichts bei dem großen Strategen des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Warum? Na, weil Herr Schrotz dies konstatiert, und zwar in der Hauptsache deswegen, weil der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands es war, der diesen Tarifvertrag abgeschlossen hat, ohne sich erst beim „großen“ Deutschen Bauarbeiterverband alleruntertänigst die wohlwollende Genehmigung hierzu zu erbitten. Nur ein gewerkschaftliches Kind ist in der Lage, in einer Versammlung über einen solchen Vorfall in der Weise zu reden, wie dies hier geschehen ist. Wie überlassen es unseren Kollegen, sich hierüber selbst im Urteil zu bilden. Doch der „geniale“ Redner des Tages mußte noch mehr. So will er z. B. wissen, daß die Kollegen des Bilscher Landes, die jetzt bei uns Mitglieder sind, nicht mit innerer Ueberzeugung bei uns seien. „Ihr seid jetzt wohl Mitglieder im christlichen Verband, aber im Herzen, da denkt ihr ganz anders!“, Herr Schrotz in der Bilscher Versammlung. Herr Schrotz, dem die große Gabe zuteil geworden ist, in allen Angelegenheiten Herz und Nieren der Leute zu durchschauen, mag sich darüber beruhigen, wie unsere Kollegen über ihre Organisation denken, die ihnen ihre wertvolle Lage in der kurzen Zeit, in welcher sie in diesem Mitglied sind, wesentlich verbessert hat. Jedenfalls denken die Kollegen, die heute christlich organisiert sind, über ihre Organisation anders, als die Kollegen waren, die im vergangenen Herbst ihre Mitgliedsblätter des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes in die Hände nahmen, weil man ihnen damals nicht sagte, was Gottes Werk die Organisation war, in welche man sie als Mitglieder aufgenommen hatte. Bei welcher Organisation unsere Bilscher Kollegen in der Folgezeit mit dem Streik sind, das wird die Zukunft zeigen.

Ferner sprach der „gelahrte“ Herr Schrotz auch in dieser Versammlung über die indirekten Steuern, und meinte da auch unter anderem: Kollegen, wie könnt ihr in einer Organisation Mitglied sein, deren Zentralvorstand einst als Reichstagsabgeordneter für die Besteuerung der notwendigen Lebensmittel eingetreten ist! Der Vorstand des christlichen Bauarbeiterverbandes, Herr Wiebeberg, ist schuld daran, daß der Kaffee, das Bier, die Bündelholzer, der Tabak usw. so teuer sind. Wer lacht da! Wirklich geistreich, nicht wahr? Wir empfehlen Herrn Schrotz, den roten Leierkasten mit dieser Walze noch öfter zu drehen, zum Vergnügen unserer Bilscher Kollegen. Doch die Weisheit des Herrn Schrotz ist immer noch nicht erschöpft. Er sieht, daß noch eine Anzahl jüngerer, unverheirateter Kollegen in der Versammlung ist; für die muß er noch etwas Besonderes bringen. Also löst in einem Dorfe in Lothringen, bei Saarbrücken, so erzählte der rote Leierkastenmann, war einmal ein Maurer, der katholisch war und die Absicht hatte, sich zu verheiraten. Derselbe war zu jener Zeit Mitglied im Deutschen Bauarbeiterverband. Dies war dem dortigen Pastor ein Anlaß, bei dessen Verheiratung die Absolution zu verweigern. Wer täuscht sich da? Der betreffende Kollege mußte aus unserem Verbands austreten, um heiraten zu können. Ein anderer Pastor, in einem Orte, nicht weit davon, versuchte daselbe. Doch dieser Kollege blieb standhaft, derselbe ist heute noch bei uns Mitglied, und es geht ihm ganz gut. Ich kann mich noch ganz gut entsinnen, daß meine Großmutter uns auch oft Märchen erzählt hat, die immer ausgingen mit dem Satz: „Und wenn er noch nicht gestorben ist, so lebt er heute noch.“ Was Herr Schrotz mit diesem Geschwätz, anders kann man es mit dem besten Willen nicht nennen, erreichen will, ist durchsichtig genug. Unsere Kollegen des Bilscher Landes sind gottseidank über die Grundfragen einer gesunden Gewerkschaftspolitik aufgeklärt genug, um nicht auf ein solches Gerede hereinzufallen. Für dererlei „großzügige“ Reden haben unsere Kollegen nichts mehr übrig als ein mitleidiges Lächeln. Unsere Kollegen haben Herrn Schrotz, der bei dieser Gelegenheit zum ersten Male in Bilsch auftrat, gleich richtig eingeschätzt. Was hat denn der nur gewollt? Der wollte in Bilsch Dumme fangen. Die kann er sich anderswo suchen. Das ist die Antwort unserer Kollegen. Treu werden unsere Bilscher Kollegen dieser Organisation bleiben, die ihnen endlich einmal ihre miserable Lage in Bilsch zu ihrer vollen Zufriedenheit verbessert und ihnen dort zu einem anständigen Lohn verholfen hat. Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands wird stets bestrebt sein, dafür zu sorgen, daß die nun einmal erreichten Verbesserungen nicht nur für die kommende Zeit erhalten bleiben, sondern daß zur gegebenen Zeit neue Vorteile für seine Mitglieder auch in jenen Gegenden erreicht werden, in denen bisher die Willkürherrschaft des Unternehmertums in voller Blüte gestanden hat. Die übrige Bauarbeitergewerkschaft Lothringens fordern wir hiermit auf, dem Beispiel ihrer Kollegen von Bilsch und Umgebung zu folgen. Kollegen, werdet Mitglied im Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, dann kann und wird auch euch recht bald geholfen werden.

Bezirk Frankfurt a. M. Wer den „Grundstein“ in der letzten Zeit aufmerksam gelesen hat, dem werden wohl die Anklagen, die dort gegen die Angestellten unseres Verbandes erhoben werden, aufgefallen sein. Wenn irgendwo das rote Schiffslein nicht vorwärts kann oder mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat, dann ist der christliche Bauarbeiterverband der Schuldige, der dann den Prügelungen abzugeben hat. Dieses ist auch jetzt wieder der Fall. Nach den Berichten des „Grundstein“ soll unsere Agitation eine gemeine, nichtswürdige, schändliche sein und mit Gott weiß was für Mitteln betrieben werden. Der „Grundstein“ weiß aber außer einigen wenigen Einzelfällen, die noch der Prüfung bedürfen, kein stichhaltiges Material gegen uns aufzubringen. Er greift daher zu Verallgemeinerungen und Verdächtigungen, wohl wissend, daß diese vielfach genügen, um seine Anhänger gegen unsere Mitglieder aufzubringen, um ihnen das Leben möglichst sauer zu machen. Wenn irgend jemand Grund zu Klagen über unfaire Agitationsmethoden hat, dann sind wir es, denn die Mittel, die der Deutsche Bauarbeiterverband vielfach anwendet, stehen uns gar nicht zur Verfügung. Selbst wenn aber letzteres der Fall wäre, könnten wir mit derartigen Mitteln nicht arbeiten. Wir halten es daher für notwendig, dem unschuldigen „Grundstein“ die noch unschuldigeren Agitationsweise seiner Beamten einmal vorzuführen.

In Schweinheim bei Wachsenburg, wo angeblich ein Agitator unseres Verbandes eine unlaute Agitation betrieben haben soll, hat im vorigen Jahre der im Deutschen Bauarbeiterverband, Gau Frankfurt, angestellte Beamte Lorenz unsere sämtlichen Mitglieder aufgesucht und zum Uebertritt zu überreden versucht. Bei zweien war ihm dieses auch gelungen, allerdings haben sich diese später wieder zu uns umgeschrieben lassen. Der Wachsenburger Beamte des Deutschen Bauarbeiterverbandes hat dieselbe Prozedur erst kürzlich wieder versucht und erst dann abgeblasen, als er merkte, daß ihm unser Kassierer auf den Fersen folgte. Jedenfalls eine „grundehrliche“ Agitation. Der Hilfsbeamte Struth des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Koblenz geht schon seit einigen Jahren mit einem noch viel „ehrlicheren“ Mittel agitierten. Er fordert unsere Mitglieder zum Uebertritt auf, sagt ihnen, der christliche Verband sei am Zusammenbrechen, und droht bei Weigerung unserer Mitglieder mit Arbeitsentziehung und Vorklopfung derselben. Vielleicht erkundigt sich der „Grundstein“ einmal bei Struth, wie hoch die Zahl derjenigen ist, die durch diese „ehrliche“ Agitation in den Deutschen Bauarbeiterverband gepreßt wurden. Der Beamte Delp des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Darmstadt hatte sich im vorigen Jahre den Dr. Erdmann-Rohr als Referenten zu einer Versammlung nach Dieburg verschrieben und durch ein Flugblatt alle christlichen Bauarbeiter dazu eingeladen. In dieser Versammlung sollten den christlichen die Augen geöffnet, d. h. sie sollten umgeschwieben werden.

Trockene Wände
 durch die echten Kosmos-Tafeln
 Prospekt Nr. 6128 und Muster umsonst.
 A.W. ANDERNACH, BEUEL A. RHEIN.

In manchen Gebieten aber wird die Agitation des Deutschen Bauarbeiterverbandes noch „ehrlicher“ betrieben. Sind dann die „ehrlichen“ Mittel erschöpft, wendet man andere an. Man ist da nicht besonders wahllos, sondern greift gleich zu den wirksamsten. Im Frühjahr 1912 wurden bei der Firma Curia in Frankfurt a. M. zwei Mitglieder unseres Verbandes entlassen, weil sie nicht zu dem Deutschen Bauarbeiterverbande übertreten wollten, die Mitglieder dieses Verbandes sich aber weigerten, mit Christlichen zusammen zu arbeiten. Die Schlichtungskommission, die sich mit diesem Fall zu beschäftigen hatte, stellte denselben als einen Verstoß gegen den Vertrag dar. Der Beamte Schneider des Deutschen Bauarbeiterverbandes wollte diesen Fall nochmals an Ort und Stelle untersuchen und dann eventuell bekräftigen. Auf diese Beichtigung warten wir heute noch. In Mainz wurden vor einigen Wochen zwei unserer Mitglieder entlassen, nachdem ein Beamter des Deutschen Bauarbeiterverbandes eine Büchertkontrolle an deren Baustelle vorgenommen hatte. Jedenfalls „grundehrliche“ Mittel. Diese angewendeten „ehrlichen“ Mittel stehen sich noch beliebig vermehren, doch mag dieses für heute genügen.

Die Angestellten des Deutschen Bauarbeiterverbandes betrachten anscheinend alle Gebiete des Deutschen Reiches als ihre Jagdbezirke, in denen nur ihnen die Agitations-tätigkeit gestattet ist. Versucht ein anderer dort einzudringen, dann ist dieses unehrlich, denn das Recht auf Agitation hat nur der Deutsche Bauarbeiterverband. Wir können den Herrschaften heute schon sagen, daß wir uns unser Recht nicht schmälern lassen und für die weitere Ausbreitung unseres Verbandes nach wie vor tätig sind. Mag der „Grundstein“ schreiben, was er will, wir sind überzeugt, daß das Recht auf unserer Seite ist und sich auf die Dauer nicht beugen läßt.

Münsterberg i. Schl. (Mehr soziales Verständnis!) Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „Völkische Arbeiterzeitung“ in Nr. 23 einen Artikel, der die sozialen Verhältnisse einer schlesischen Kleinstadt beleuchtete. Vorauszusetzen für diesen Artikel war folgende Begebenheit. Unser Kollege Gottschall (Wreslau) hatte für den 19. April in Münsterberg eine öffentliche Versammlung angesetzt, zu der durch ein allgemein gehaltenes Flugblatt eingeladen wurde. Es wurden 3000 Flugblätter zur Verteilung gebracht und jede Familie, ob Arbeiter oder Fabrikdirektor, mit einem solchen bedacht. Nun hatten die Arbeiter aber nicht beachtet, daß einige Spießbürger und auch die „Münsterberger Zeitung“, mit dem Inhalt des Flugblattes nicht einverstanden waren. Auf der ganzen Linie setzte der Kampf gegen uns ein. In der Spitze standen der Herr Direktor der Tonröhrenfabrik, der auch die „M. Ztg.“ ein Zentrumsorgan, welches wohl von einigen hundert Arbeitern gelesen wird, zu beeinflussen geruhte. Der Saal sollte uns abgetrieben werden und wurden deshalb alle Instanzen in Bewegung gesetzt. Der Saalbesitzer hatte aber mehr Verständnis und lehnte eine solche Zumutung ab. Die „D. A.-Ztg.“ schrieb in ihrer Nr. 23 dazu: „Jemandem haben die Arbeiter den Landwirten, Mittelständlern, Arbeitgebern usw. Schwierigkeiten gemacht, wenn sie solchen Organisationen beitraten. Wir Arbeiter können von den hier angeführten Berufs- und Erwerbstätigen nicht daselbe sagen. Uns macht man Schwierigkeiten, wo man irgend kann, wenn wir uns das gleiche Recht fordern, das alle anderen Stände als etwas Selbstverständliches für sich in Anspruch nehmen. Die Kämpfe, welche die christlichen Arbeiter führen mußten, um sich das Koalitionsrecht zu sichern, beweisen dies zur Genüge.“ Darauf antwortet die „M. Ztg.“ mit einer ziemlich heftigen Drohung an die „D. A.-Ztg.“ Durch die Verteilung eines maßlos übertriebenen Flugblattes sei ein Eintreten für die Versammlung von vornherein ausgeschlossen gewesen. In Nr. 25 der „D. A.-Ztg.“ erwidert diese. Unser Artikel muß also das Richtige getroffen haben, die verdrückte Drohung läßt uns kalt. Wir bemerken dazu: Wenn die „Münsterberger Zeitung“ glaubt, der christlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung bange machen zu können, so erwidern wir ihr, daß umgekehrt eher ein Schuß daraus wird. Die dortigen Arbeiter sind zu einem Teile unserem Verbands beigetreten und nicht gewillt, eine solche Behandlung durch die von ihnen gelesene Presse hinzunehmen. Die „Schlesischen Nachrichten“ bieten uns wohl mindestens daselbe. Also, verehrte „M. Ztg.“, auch uns nötigt die verkappte Drohung nur ein Lächeln ab. Das „maßlos übertriebene Flugblatt“ unterliegt nur unserer Beurteilung und tragen wir dafür selbst die Verantwortung. Die Redaktion der „M. Z.“ hat da nicht im geringsten hineinzureden, zumal ihre Betätigung absolut nicht für uns spricht. Bleibt sie ihre Krähwinkelpolitik weiter zu betreiben und unsere Bewegung zu bekämpfen, dann möge sie das machen, das ist uns absolut Wurst. Wir unsererseits werden dann zu geeigneter Zeit schon Stellung dazu zu nehmen wissen. Letzten Endes muß auch die Stimme des Arbeiterstandes etwas gelten. Wo dies heute noch fehlt, da wollen wir als Verband die bessernde Hand anlegen. Wir wünschen nicht den Kampf, der doch nur die Gegensätze verschärfen kann, wir fürchten ihn aber auch nicht. Für die Arbeiter, besonders für uns Bauarbeiter, ergibt sich aber aus vorliegendem die Notwendigkeit des Zusammenschlusses. Der Vorgang beweist uns, daß der Einzelne machtlos ist, daß nur vereinte Kraft Werke schafft. Jeder muß mitarbeiten, damit der letzte Kollege dem Verbands zugeführt wird. Nur so vermögen wir, gestützt durch eine feste Organisation, auch hier bessere Verhältnisse zu schaffen.

